

# Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen Politik in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg

von

Stefan Hartmann

Grundlage dieses Beitrags bilden Akten der Repositur 2 „Oberpräsidium Königsberg“ in der XX. Hauptabteilung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz zu Berlin, die von der Forschung bisher nicht zusammenhängend analysiert worden sind. In wenigen Fällen ist auch die Repositur 12 „Regierung Gumbinnen“ heranzuziehen. Zunächst soll jedoch auf konträre Standpunkte der deutschen und polnischen Forschung in diesem Bereich eingegangen werden.

Im 19. Jahrhundert umfaßte Masuren die acht Kreise Lyck, Lötzen, Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Neidenburg, Osterode und Oletzko, die auf die Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen verteilt waren. Erst im 1905 geschaffenen Regierungsbezirk Allenstein war das gesamte masurische Gebiet mit Ausnahme des weiterhin zu Gumbinnen gehörenden Kreises Oletzko vereinigt. Der Name „Masuren“ dürfte mit dem der polnischen Nachbarlandschaft „Masowien“ in Verbindung stehen, von der aus seit dem Ende des 14. Jahrhunderts eine aus mehreren Schüben bestehende Besiedlung des südlichen Ostpreußen einsetzte. Durch die Verschmelzung der masowischen Siedler mit deutschen Kolonisten und autochthonen Prußen entstand das Volk der Masuren, dessen Sprache auf einer älteren polnischen Dialektform stehen blieb und die Entwicklung zum Hochpolnischen nicht mehr vollzog. Mit Recht stellt Walther Hubatsch fest, daß „die slawische Besiedlung des südöstlichen Ostpreußen somit nicht die älteste, sondern eine jüngere Bevölkerungsschicht“ bildet<sup>1</sup>.

1) W. Hubatsch: Masuren und Preußisch-Litthauen in der Nationalitätenpolitik Preußens 1870–1920, in: ZfO 14 (1965), S. 641–670, und ZfO 15 (1966), S. 1–55. Vgl. dazu auch H. Gollub: Masuren (Ostpreußische Landeskunde in Einzeldarstellungen), Königsberg o. J., S. 3ff.; L. Wittschell: Die völkischen Verhältnisse in Masuren und dem südlichen Ermland (Veröff. des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, H. V), Hamburg 1925, S. 8ff.; A. Weinreich: Bevölkerungsstatistiken und siedlungsgeographische Beiträge zur Kunde Ost-Masurens, vornehmlich der Kreise Oletzko und Lyck, Diss. phil. Königsberg 1911; A. Döhning: Über die Herkunft der Masuren. Mit besonderer Berücksichtigung der Kreise Osterode und Neidenburg, Diss. phil. Leipzig 1910. Bis heute wichtig: M. Toeppen: Geschichte Masurens, Danzig 1870; F. Tetzner: Die Slawen in Deutschland. Beiträge zur Volkskunde der Preussen, Litauer und Letten, der Masuren und Philipponen, der Tschechen, Mährer und Sorben, Polaben und Slowinzen, Kaschuben und Polen, Braunschweig 1902. Zur ethnischen Struktur in Westpreußen und Ostpreußen vgl. neuerdings H.-J. Tebarth: Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien im Zeitalter der Industrialisierung (Historische Forschungen), Berlin 1991, S. 139ff. Zur Assimilierung der Masuren vgl. D. Stüttgen: Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Gumbinnen 1871–1920 (Studien zur Geschichte Preußens, Bd. 30), Köln, Berlin 1980, S. 291ff.

Nach Hubatsch ist den Masuren „weder der Boden noch das Volkstum durch die Deutschen genommen worden, und da sie als Siedler in den Schutz der Landesobrigkeit traten, fehlte jede niederhaltende Tendenz“<sup>2</sup>. Die von mir zitierte deutsche Forschung bestätigt weitgehend die Feststellung von Leo Wittschell, daß „das Masurentum in Preußen sprachlich und kulturell seinen eigenen Weg [ging]. Durch die Annahme des evangelischen Bekenntnisses verloren die masowischen Einwanderer jeden inneren Zusammenhang mit der Heimat, und der alte Gegensatz zwischen Masowiern und Polen erhielt dadurch eine bewußte und endgültige Form“<sup>3</sup>.

Übereinstimmung besteht auch darin, daß sich im Laufe des 19. Jahrhunderts das Verhältnis der Gesamteinwohnerzahl Ostpreußens zu Ungunsten der Masuren bedeutend verschoben hat. Maßgebend ist die die älteren Forschungsergebnisse berücksichtigende Arbeit von Hubatsch, die hervorhebt, daß die im Jahre 1816 noch ein Viertel der Gesamtbevölkerung Ostpreußens umfassende Einwohnerzahl Masurens einschließlich der nur deutschsprachigen Bewohner bis 1890 nur um 100000 angestiegen war, während sich die Einwohnerschaft der Provinz insgesamt auf 1,96 Millionen verdoppelt hatte. Der Anteil Masurens lag nunmehr bei 16 v. H., wobei sich innerhalb dieser Zahlen eine „ganz erhebliche Verschiebung zugunsten der deutschen Sprache“ vollzog. Hubatsch führt dieses Phänomen auf die zunehmende Erschließung des Landes durch den Verkehr und auf das Anwachsen der Städte seit 1870 zurück, was Hans-Jakob Tebarth in seiner industriegeschichtlichen Studie anhand zahlreicher tabellarischer Belege verdeutlicht<sup>4</sup>. Zentrale Bedeutung für den Eindeutschungsprozeß der Masuren hatte – wie Hubatsch und sein Schüler Dieter Stüttgen ausführen – die preußische Bildungspolitik im Bereich der Volksschulen<sup>5</sup>. Am 24. Juli 1873 hatte Oberpräsident von Horn<sup>6</sup> die „Bestimmungen über den Unterricht in der deutschen Sprache in den von Kindern polnischer und litthauischer Zunge besuchten Volksschulen der Provinz Preußen“ erlassen, die im Kern aussagten, daß in allen Schulen Unterricht in der deutschen Sprache zu erteilen sei, während auf der Oberstufe Kindern nicht-deutscher Abstammung das Lesen und Schreiben in der polnischen bzw. litauischen Sprache vermittelt werden sollte. Horns Nachfolger Albrecht von Schlieckmann<sup>7</sup> habe in seiner Schulpolitik einen gemäßigten Kurs gegenüber den nationalen Minderheiten in Ostpreußen eingeschlagen und die Bestimmungen von 1873 nicht angetastet, was auch von seinen Nachfolgern Stolberg-Wernigerode, Bismarck-Schönhausen und Richthofen befolgt worden

2) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 647.

3) Wittschell (wie Anm. 1), S. 14.

4) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 648; Tebarth (wie Anm. 1), S. 139ff.

5) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 9ff.; Stüttgen (wie Anm. 1), S. 293ff.

6) Karl Wilhelm Heinrich Georg von Horn war von 1869 bis (1878) 1882 Oberpräsident der Provinz Preußen bzw. Ostpreußen.

7) Albrecht Heinrich Karl von Schlieckmann war von 1882 bis 1891 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

sei<sup>8</sup>. Nach Stüttgen ging – ohne daß die Verwaltung eine aktive Schulpolitik gegenüber den Masuren betrieb – die Zahl der masurisch sprechenden Kinder zwischen 1886 und 1911 von 64000 auf 36294 zurück. Daran sei vor allem die evangelische Kirche beteiligt gewesen, die in den masurischen Gemeinden „das Problem der Zweisprachigkeit nicht durch eine unnatürliche Beschleunigung der Assimilation der Masuren an das Deutschtum“ lösen, sondern vielmehr deren Bedürfnis nach polnischer Beichte und Abendmahlsfeier weitgehend entsprechen wollte, „um auf diese Weise bei ihnen die Entstehung künstlicher Resistenz gegen das Deutsche zu verhindern“<sup>9</sup>.

Weitere Schwerpunkte in den Ausführungen der hier zitierten deutschen Literatur sind die Auswirkungen des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 auf die preußische Nationalitätenpolitik, das zwar nicht den Gebrauch des Deutschen bei politischen Versammlungen bindend vorgeschrieben, jedoch die zuständige Ortspolizeibehörde zur Überwachung derartiger Veranstaltungen befugt hatte. Nach Hubatsch und Stüttgen hatten die evangelischen Masuren eine unerschütterliche staatstreue Gesinnung, was der in dieser Region am Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden intensiven nationalpolnischen Agitation den Boden entzogen habe. Die preußischen Gegenmaßnahmen hätten sich „lediglich auf die Einrichtung von Kindergärten, die Anstellung von Gemeindeschwestern und die Einrichtung ländlichen Fortbildungsunterrichts“ beschränkt. Ein wichtiger Faktor für die Eindeutschung der Masuren sei darüber hinaus das preußische Militär gewesen, was 1912 in der Schaffung eines Generalkommandos in Allenstein seinen sichtbarsten Ausdruck gefunden habe. Der Anstoß zu einer Politisierung der masurischen Bevölkerung sei von außen, vor allem von groß- und kongreßpolnischer Seite, erfolgt, auf die auch die Finanzierung des bedeutendsten nationalpolnischen Presseorgans im südlichen Ostpreußen, der Allensteiner „Gazeta Olsztyńska“, zurückgehe<sup>10</sup>. Demgegenüber hatten die in Masuren erscheinenden nationalpolnischen Blätter wie der Ortelsburger „Mazur“ und die Lycker „Gazeta Ludowa“, deren Redakteur Hugo Bahrke<sup>11</sup> mit den preu-

8) Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (1891–1895), Wilhelm Otto Albrecht Graf von Bismarck (1895–1901), Hugo Samuel Louis Erdmann Reginald Freiherr von Richthofen (1901–1903).

9) Stüttgen (wie Anm. 1), S. 296.

10) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 667ff.; Stüttgen (wie Anm. 1), S. 297f.

11) Zu Hugo Bahrke (1876–1940) vgl. T. Oracki: Słownik Biograficzny Warmii, Mazur i Powiśla XIX i XX wieku [Biographisches Wörterbuch von Ermland, Masuren und dem Weichselgebiet im 19. und 20. Jh.], Instytut Wydawniczy PAX, Warszawa 1983, S. 46. Bahrke war der Sohn eines masurischen Emigranten aus der Umgebung von Goldap, redigierte von 1900–1901 die „Gazeta Ludowa“ in Lyck und danach in Ortelsburg. Bekannt wurde er vor allem 1931 durch die Herausgabe des Buches „Walka o Masowsze Pruskie“ [Der Kampf um das preußische Masowien]. Ein wichtiger Repräsentant der nationalpolnischen Bewegung in Masuren war auch sein Bruder Karol Bahrke (1868–1935), der als Kandidat der polnisch orientierten Masurischen Volkspartei bei den Reichstagswahlen 1898 im Wahlkreis Oletzko-Lyck-Johannisburg unterlag. Er emigrierte 1904 in die USA.

bischen Behörden in Konflikt geriet, nur eine geringe Resonanz bei den Lesern. Noch kurzfristiger war die Existenz des „Goniec Mazurski“, der schon 1906 – d. h. ein Jahr nach seiner Begründung – sein Erscheinen einstellte.

Stüttgen umschreibt die Positionen der deutschen Forschung, wenn er von einer „freiwilligen Germanisierung der Masuren“ spricht, deren deutlichstes Ergebnis er im Abstimmungsergebnis von 1920 sieht, das für den Regierungsbezirk Allenstein 97,8 v. H. für Deutschland votierende Stimmen erbracht hatte<sup>12</sup>. Anhand folgender Tabelle veranschaulicht Leo Wittschell den Verlauf der Eindeutschung des Masurentums<sup>13</sup>; danach entfielen auf je 100 Personen an Deutschsprechenden in den Kreisen:

Masurische Kreise	1831	1861	1900	1910
Ortelsburg	7	13	24	33
Johannisburg	8	18	27	35
Neidenburg	8	17	30	40
Lyck	12	21	44	54
Sensburg	10	25	45	55
Osterode	36	37	54	61
Lötzen	14	36	58	68
Oletzko	16	42	64	74
<hr/>				
Grenzkreise				
Angerburg	60	84	96	—
Goldap	76	91	98	—
Rastenburg	91	100	99	—

Hier zeigt sich, daß in den Grenzkreisen die Eindeutschung der Masuren vollständig war und sich in den nördlichen masurischen Kreisen der Vollendung näherte. Nur in den drei südlichen, vom Verkehr etwas abliegenden Kreisen Ortelsburg, Johannisburg und Neidenburg wurde im Jahre 1910 das Masurische noch von der Mehrheit gesprochen, wobei – so Wittschell – der ganz überwiegende Teil der Masurischsprechenden vor dem Ersten Weltkrieg auch der deutschen Sprache mächtig war.

Zu den erwähnten Positionen der deutschen Forschung hat die polnische Seite wiederholt Stellung genommen<sup>14</sup>. Ich folge hier vor allem den Arbeiten

12) Stüttgen (wie Anm. 1), S. 297f.

13) Wittschell (wie Anm. 1), S. 23.

14) Vgl. K. Piwarski: Dzieje Prus Wschodnich w czasach nowożytnych [Die Geschichte Ostpreußens in neueren Zeiten], Bydgoszcz 1946; T. Grygier: Sprawa Polska w Prusach Wschodnich w latach 1870–1900 w oświetleniu władz pruskich [Die Polnische Sache in Ostpreußen in den Jahren 1870–1900 im Licht der preußischen Behörden], in: Przegląd Zachodni 1951, H. 3/4, S. 491–544; Wł. Chojnacki: Polska akcja narodowo-uświadamiająca na Mazurach przed I wojną światową. Wybór materiałów źródłowych z lat 1910–1914 [Die polnische Nationalaufklärungsaktion in Masuren vor dem Ersten Weltkrieg 1910–1914. Eine Auswahl von Quellenmaterialien aus den Jahren 1910–1914], in: Zapiski Historyczne 21 (1955), S. 242–263; E. Sukertowa-Biedrawina, T. Grygier: Walka o społeczne i narodowe wyzwolenie ludności

von Janusz Jasiński, Tadeusz Grygier und Wojciech Wrzesiński, die die polnischen Standpunkte in der Masurenfrage am kürzesten und übersichtlichsten skizzieren. Janusz Jasiński bemängelt an den Ausführungen von Hubatsch dessen weitgehende Beschränkung auf die Berichte der ostpreußischen Ober- und Regierungspräsidenten. Außerdem kenne er nicht die polnische Sprache und habe nur minimal die polnische Literatur benutzt, „eine wichtige methodische Verfehlung“. Eine grundlegende These von Hubatsch sei, daß die Masuren keine Polen seien. Er bagatellisiere die sprachliche Verbindung der Masuren mit dem ganzen polnischen Volk und betone stattdessen ihre politische und konfessionelle Zugehörigkeit zum preußischen Staatsverband. Hubatsch mißachte den Sprachfaktor, der im 19. Jahrhundert bei der Herausbildung von Nationalitäten – gerade in ethnisch gemischten Gebieten – eine Schlüsselrolle gespielt habe. Damals hätten die Masuren das Bewußtsein erlangt, eine polnische Sprache zu sprechen. Außerdem habe Hubatsch die masurisch-polnischen Gemeinsamkeiten im Bereich von Folklore, der materiellen und geistigen Kultur mit Schweißen übergangen. Man dürfe ferner die wirtschaftlichen Kontakte Masurens mit den übrigen polnischen Gebieten nicht vergessen, wobei vor allem an die Jahrmärkte in den Grenzstädten zu denken sei. Auch der Faktor der Auswanderung von Masuren nach Kongreßpolen und umgekehrt der von Polen nach Masuren habe beide Regionen einander nähergebracht. Im Gegensatz zu Hubatsch und Stüttgen spricht Jasiński von einer „gewaltsamen Germanisierung der Masuren“. Als deren Folge hätten sich viele Masuren von der evangelischen Amtskirche losgesagt und ihre Kinder zur Konfirmation in das Königreich Polen geschickt. Die in Preußen betriebene Politik der Germanisierung führt Jasiński auf Friedrich II. zurück, wofür Schlesien und Pommerellen Beispiele seien. Hubatsch sei im Irrtum, wenn er Preußen als national geschlossenen Staat bezeichne, weil am Ende des 19. Jahrhunderts ca. vier Millionen Polen innerhalb seiner Grenzen gewohnt hätten. Anders als Hubatsch sieht er die Anfänge einer

Mazur i Warmii [Der Kampf um die soziale und nationale Befreiung der Bevölkerung Masurens und des Ermlandes], Olsztyn 1956; T. Grygier: Niektóre zagadnienia sprawy polskiej w Prusach Wschodnich na przełomie XIX i XX wieku [Einige Probleme der Polnischen Sache in Ostpreußen an der Wende des 19. zum 20. Jh.], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, Nr. 1–4 (1958), S. 354–387; J. Jasiński: Kwestia Mazurska w ujęciu Profesora Hubatscha [Die masurische Frage nach der Darlegung von Professor Hubatsch], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, Nr. 1–4 (1968), S. 383–403; W. Wrzesiński: Warmia i Mazury w polskiej myśli politycznej w XIX i XX wieku [Ermland und Masuren im polnischen Denken des 19. und 20. Jhs.], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, Nr. 1–2 (1982), S. 3–14; J. Jasiński: Świadomość narodowa na Warmii w XIX wieku. Narodziny i rozwój [Das Nationalbewußtsein in Ermland im 19. Jh. Geburt und Entwicklung] (Rozprawy i Materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego, Nr. 88), Olsztyn 1983; ders.: O sprawie mazurskiej w XIX wieku [Über die masurische Frage im 19. Jh.], in: Borussia. Kultura – Historia – Literatura, Olsztyn 1992, Nr. 3/4, S. 115–122; H. Mrowka: Die Anfänge einer polnischen politischen Bewegung in Masuren, ebenda, S. 17–27 (in polnischer Sprache).

preußischen Nationalitätenpolitik gegenüber den Masuren nicht erst im Zusammenhang mit der wachsenden Politisierung dieses Volkes, d. h. seit etwa 1870, sondern bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Einen entscheidenden Fehler habe Hubatsch in der unkritischen Bewertung der von ihm herangezogenen Quellen begangen. Er berufe sich auf die Aussage der Zeitungsberichte der Regierungen und bedenke dabei nicht, daß der preußischen Administration nicht alle polnischen Probleme bekannt sein konnten. Die erwähnten „Zeitungsberichte“ hätten die „Polenfrage“ zumeist übergangen, während beispielsweise in den Schulakten zahlreiche Belege über die „Germanisierungsaktion“ zu finden seien. In den offiziellen Berichten der Verwaltung habe man alles den preußischen Staat Kompromittierende tunlichst ausgelassen. Nach Jasiński waren die Zentralbehörden für die Germanisierung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und die Jahre danach verantwortlich. Dennoch dürfe nicht verkannt werden, daß vor allem die niederen Instanzen der Administration die „Liquidation des Polentums in Masuren“ in die Praxis umsetzten. Im Bezug auf die bei Hubatsch erwähnte „großpolnische Agitation“ stellt er die Frage, ob diese nicht im Einklang mit der preußischen Gesetzgebung gestanden hätte. Für ihn steht fest, daß der preußische Staat keine rechtlichen und moralischen Gründe hatte, den Masuren die Entscheidung über ihre nationale Zugehörigkeit zu verweigern, die er im Bekenntnis zum Polentum sieht. Nach Jasiński hatte sich die Lage der Masuren am Ende des 19. Jahrhunderts gegenüber früheren Jahrzehnten erheblich verschlechtert, wofür er vor allem die an der Seite der Regierung stehende evangelische Kirche und die deutschnationale Lehrerschaft verantwortlich macht. Auf preußischer Seite habe man immer wieder die Überlegenheit der deutschen Sprache und Kultur zum Ausdruck gebracht und dabei geringschätzig auf die polnische Geschichte und die masurische Sprache herabgesehen. Das Memorial des Oberpräsidenten von 1903 „Grundzüge der Organisation zur Förderung des Deutschtums und zur Abwehr polnischer Bestrebungen in der Provinz Ostpreußen“ habe die Grundlage für eine „noch rücksichtslosere Germanisierung“ gebildet. Zu diesem Zweck sei ein besonderer „Deutschtumsfonds“ geschaffen worden, über den der Oberpräsident nach eigenem Ermessen verfügen konnte. Wie Jasiński weiter ausführt, wurde die Provinz Ostpreußen im Hinblick auf die Bedrohung von polnischer Seite in drei Regionen eingeteilt: 1. der sehr gefährdete Bereich der Kreise Allenstein, Rößel, Osterode, Neidenburg und Ortelsburg; 2. ein weniger bedrohter Bezirk aus den Kreisen Sensburg, Johannisburg und Lyck; 3. die nicht gefährdeten Kreise. Die Landräte in den gefährdeten Kreisen organisierten ständige Komitees zur „Observierung der polnischen Bewegung“. Diesen Gremien gehörten vor allem evangelische Geistliche, Schulinspektoren, Lehrer und Schulzen an. Außerdem unterhielten die Komitees Kontakte zu Vertrauensleuten in jedem Ort, die Informationen über etwaige nationalpolnische Bewegungen lieferten. Daneben zogen die Landräte Erkundigungen mittels sogen. „Deutschhelfer“ ein. Dabei – so Ja-

siński – kam es auch zu einer engen Zusammenarbeit mit dem „Ostmarkenverein“. Er sieht den eigentlichen Zweck des 1905 gebildeten Regierungsbezirks Allenstein in der Verbreitung und Pflege der „deutschen Denkweise und Kultur“ bei den Masuren. Für Jasiński zeigt die „intensive Aufmerksamkeit“, die die preußischen Behörden der polnischen Bewegung in Masuren widmeten, daß diese bei der dortigen Bevölkerung große Resonanz gefunden hatte. Sonst hätte man wohl kaum eine Einteilung in „gefährdete“ und „weniger gefährdete“ Kreise vorgenommen. Hubatsch habe sich in seiner Abhandlung wiederholt auf preußische Statistiken bezogen, obwohl diese hinsichtlich der Zahl der Polen oft keine eindeutigen Aussagen machten. So behauptete er fälschlich, daß zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Masuren nur etwa 1000 Personen des Deutschen nicht mächtig gewesen seien. Tadeusz Grygier habe jedoch eine Schulstatistik veröffentlicht<sup>15</sup>, aus der hervorgehe, daß 1901 im Kreis Ortelsburg über 12000 Kinder ausschließlich polnisch und masurisch gesprochen hätten. Allen Erwartungen zuwider sei nach vierzigjähriger dauernder Germanisierung die Zahl der polnisch- und masurischsprechenden Schulkinder ständig gestiegen. Unverkennbar sei der Versuch von Hubatsch, „den preußischen Staat in einer verlorenen Position zu rehabilitieren. Er wolle belegen, daß dem preußischen Staat der Gedanke der Germanisierung fremd gewesen“ sei<sup>16</sup>.

Bei Tadeusz Grygier ist zu lesen, daß die preußischen Behörden an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Befürchtung hegten, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Arbeit des polnischen Volkes könne ihre Früchte in Ostpreußen tragen. Sie bezogen sich dabei auf den „Kongreß der polnischen Studenten“ in Krakau 1901, der sich in einer Resolution für eine Unterstützung der Polen im preußischen Teilungsgebiet ausgesprochen und zum Kampf mit der deutschen Regierung aufgerufen hatte. Mit Besorgnis habe man preußischerseits „auf die gewaltige Ausweitung der polnischen Bewegung auf die Massen, auf die Jugend und auch auf die Soldaten der ermländisch-masurischen Garnisonen geblickt“. Als treibende Kraft dieser Bewegung sah man die Abteilungen des „Sokol“ [Falke] an, der in allen drei Teilungsgebieten agitierte. Richtungweisend für die preußische Nationalitätenpolitik in Ostpreußen zwischen 1900 und 1905 waren nach Grygier „die Grundsätze für das Verhalten der Staatsregierung gegenüber den Staatsangehörigen polnischer Muttersprache in der Provinz Posen“. Zentrale Bedeutung für die preußische Nationalitätenpolitik hatte das „Amtssprachengesetz“, das die Position des Deutschen im Bereich der Verwaltung zementierte. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Germanisierung war die evangelische Kirche, während die katholische Geistlichkeit in Masuren als Sachwalter des Polentums auftrat. Nach Grygier wurde im Bereich des Volksschulwesens eine besonders intensive Germanisierung betrieben. Bereits seit 1886 habe der Staat beachtliche

15) Vgl. Grygier, *Niektóre zagadnienia* (wie Anm. 14), S. 380ff.

16) Jasiński, *Kwestia Mazurska* (wie Anm. 14), S. 383–403.

Kredite zum Bau und zur Unterhaltung der protestantischen und deutschen Schulen zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise sei es zur Vernichtung der polnischen und katholischen Schulen gekommen. In den noch verbliebenen Anstalten habe ein Lehrer 200 Schüler unterrichten müssen. Zur planmäßig betriebenen Germanisierung habe auch die preußische Ansiedlungspolitik beigetragen. Nach Hubatsch hatte zwar die Ära Bülow das Ansiedlungsgesetz verschärft und das Enteignungsgesetz geschaffen, dieses habe aber auf Ostpreußen keine Anwendung gefunden. „Die Polenpolitik der preußischen und Reichsregierung blieb hier ohne Folgen, da die Voraussetzungen für einen schärferen Kurs nicht gegeben waren“<sup>17</sup>. Wie Grygier ausführt, gingen zwischen 1857 und 1894 7250 ha im Ermland und in Masuren in deutsche Hand über. Danach sei die deutsche Ansiedlung in diesen Regionen zurückgegangen. Seit 1896 habe die Administration in der Provinz Ostpreußen einen verschärften Germanisierungskurs eingeschlagen. Bewußt sei dabei die Gleichsetzung von Polen und Masuren negiert worden. In einem Brief des Oberpräsidenten vom 14. 2. 1896 hieß es: „Dabei handelt es sich um Preußen, die die polnische Sprache sprechen“. Die Generalkommission in Königsberg hatte dafür zu sorgen, daß sich auf den Rentengütern keine polnischen Ansiedler aus Großpolen niederließen. Wie Jasiński sieht auch Grygier in den „Grundzügen der Organisation zur Förderung des Deutschtums und zur Abwehr großpolnischer Bestrebungen“ von 1903 den Kern einer rigorosen preußischen Germanisierungspolitik. Seine Ausführungen können daher hier übergangen werden. Im folgenden wendet sich Grygier den Aktionen des Generalsuperintendenten der Evangelisch-Augsburgischen Kirche im Königreich Polen, Julius Bursche<sup>18</sup>, zu, die die Polonisierung der evangelischen Masuren bezweckten. In der „masurischen Aktion“ sah dieser einen ersten wesentlichen Schritt, um die Gleichsetzung von deutsch = evangelisch zugunsten des Polentums zu durchbrechen. Die polnische katholische Gesellschaft müsse sich damit vertraut machen, daß ihr auch einige 100000 protestantische Polen angehörten. Nach Grygier scheiterte Bursche nicht nur an Gegenmaßnahmen der preußischen Regierung, sondern auch an Widerständen im nationalpolnischen Lager, das erklärte, „polnische Politik müsse katholisch sein“. Aufschlußreich ist Grygiers Hinweis, daß im Heer die Germanisierung nicht so strikt wie im zivilen Bereich durchgeführt worden sei. So seien in der Garnison Osterode polnische Bibeln an die Soldaten ausgegeben worden, was die Maßnahmen der Behörden unterlaufen habe. Anhand von Statistiken gibt Grygier einen Überblick über die nationale Zusammensetzung der Schüler in den Kreisen Osterode, Neidenburg, Allenstein, Rößel und Ortelsburg zwischen 1886 und 1901, wobei er vom Kriterium der Muttersprache ausgeht. Da 1886, 1891 und 1896 das Masurische nicht als besondere Kategorie angeführt wird,

17) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 14.

18) Zu Julius Bursche (1862–1942) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 69f.

subsumiert er die Masuren unter den Polen. Erst die Aufstellung von 1901 unterscheidet zwischen beiden Nationalitäten, wobei Grygier erstaunlicherweise für den Kreis Osterode die Zahl der nur polnischsprechenden Schulkin-der fast doppelt so hoch (4473) wie die der nur masurischsprechenden (2300) beziffert<sup>19</sup>.

Wojciech Wrzesiński behandelt das Ermland und Masuren im Kontext des polnischen politischen Denkens<sup>20</sup>. Im Laufe des 19. Jahrhunderts verfestigte sich das allgemeine nationale Bewußtsein der Polen in den drei Teilungsgebieten, was auch auf das Polentum im südlichen Ostpreußen seine Auswirkungen hatte. Der Verfasser hebt hier die Schwierigkeit der Verbreitung nationalpolnischen Gedankenguts in Masuren hervor, wofür er „die lange Trennung der dortigen Polen vom Mutterland, die geringe wirtschaftliche Aktivität der bäuerlichen Bevölkerung und die evangelische Konfession der Masuren“ verantwortlich macht. Für die nationalgesinnten Kreise des Polentums hatte die masurische Frage vor allem im Hinblick auf die Schaffung eines Zugangs zum Meer für ein in Zukunft zu errichtendes unabhängiges Polen Bedeutung. Hier sind schon die Ansätze eines Kurses zu erkennen, den die polnische Politik in der Zwischenkriegszeit zur Schicksalsfrage der Nation machte. Bereits 1868 hatte die „Gazeta Toruńska“ die Verbreitung der „ostpreußischen Frage“ in der ganzen polnischen Gesellschaft gefordert. Großen Anteil an der Vermittlung des „Wissens über die polnischen Probleme in Ostpreußen und insbesondere in Masuren“ hatte Wojciech Kętrzyński<sup>21</sup>, der den niedrigen Bildungsstand und das unterentwickelte nationale Bewußtsein der Masuren für deren Germanisierung verantwortlich machte. Nach Wrzesiński waren für den nationalpolnischen Gedanken das Überschreiten der „historischen Grenzen“ der alten Adelsrepublik und die Festlegung auf „ethnographische Grenzen“ bestimmend. Das wachsende Interesse der polnischen Propaganda an Masuren sieht er im Zusammenhang mit der Entstehung neuer politischer Strukturen in der polnischen Gesellschaft am Ende des 19. Jahrhunderts. Damals entstanden moderne politische Massenparteien, die „verschiedene Klassen, Interessen, Programme und Ziele“ repräsentierten. An erster Stelle ist hier das nationaldemokratische Lager zu nennen, das von der nach Osten orientierten Konzeption der Jagiellonen abrückte und zur Politik der Piastenzzeit, d. h. der Wiedergewinnung der verlorenen Westgebiete, zurückkehrte. Das konnte nur durch die Verdrängung Preußens aus Ost- und Westpreußen erreicht werden, wofür die Stärkung des polnischen Nationalbewußtseins im Ermland und in Masuren ein erster Schritt war. Dementsprechend forderten die Nationaldemokraten ein offensives Vorgehen in Ostpreußen. Charakteristisch für ihre Einstellung war der Gedanke einer „Lösung des ost-

19) Grygier, *Niektóre zagadnienia* (wie Anm. 14), S. 354–387.

20) Wrzesiński, *Warmia i Mazury* (wie Anm. 14), S. 3–15.

21) Zu Wojciech Kętrzyński (1838–1918) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 155f.

preußischen Problems“ infolge eines internationalen Konflikts, der die „nationale Wiedergeburt Polens“ zur Folge haben würde. Nach ihrer Ansicht hatte eine Beschränkung des „nationalen Kampfes der Polen“ innerhalb der vom Wiener Kongreß festgesetzten Grenzen lediglich Kompromißcharakter. Die Agitation mußte vielmehr auch in Gebiete hineingetragen werden, die – wie Masuren – niemals zu Polen gehört hatten. „Die Abhängigkeit Ostpreußens von Berlin hemmte den polnischen Vormarsch zum Meer“. Für die Nationaldemokraten war „Ostpreußen eines der wichtigsten Bestandteile des Kanons polnischer Territorialansprüche“. Auch die Polnische Sozialistische Partei (PPS) trat entschieden für die Angliederung Masurens und des Ermlands an ein unabhängiges Polen ein. Sie propagierte nicht die Schaffung eines historischen, sondern eines ethnographischen Polen, zu dem auch das südliche Ostpreußen gehören sollte. Die wichtigsten Thesen der nationalpolnischen Bewegung in bezug auf Ostpreußen lassen sich nach Wrzesiński folgendermaßen formulieren: 1. Ermland und Masuren werden in beachtlichem Maß von einer polnischen Bevölkerung bewohnt; 2. dem Prozeß der Entnationalisierung dieser Bevölkerung muß man durch entsprechende Maßnahmen vorbeugen. Für die nationalpolnische Bewegung war „Ostpreußen eine deutsche Insel im polnischen Meer, für Deutschland dagegen nur eine entlegene Kolonie“.

Die Gegenüberstellung der deutschen und polnischen Positionen in bezug auf Masuren läßt erkennen, daß sich diese diametral gegenüberstehen. Im folgenden soll nun versucht werden, anhand der eingangs erwähnten Quellen des Historischen Staatsarchivs Königsberg die masurische Frage näher zu beleuchten. Ausgangspunkt der Analyse soll ein im Bestand des Regierungspräsidenten zu Gumbinnen enthaltener Bericht des Posener Polizeipräsidenten vom 15. September 1865 sein, der auf der Auswertung der nationalpolnischen Presse beruht<sup>22</sup>. In einem Artikel des Kulmer „Nadwiślanin“ hieß es u. a.:

„Aus unserer Gegend kommt Euch selten etwas zu Ohren, und doch würde es Euch und uns allen nur nützlich sein, dieser Gegend eine besondere Achtung zuzuwenden. Liegt doch sogar Warschau im Masurenlande, und schon daraus müßte man schließen, daß das polnische Wesen in der hiesigen masurischen Bevölkerung tiefe und starke Wurzeln geschlagen hat ... Die masurische Bevölkerung weiß nicht einmal, daß sie den Katholicismus verloren hat, sie ist in Anschauungsweise, Begriffen und Sitten noch immer katholisch. An vielen Orten hält sie die Fasten, an vielen feiert sie die katholischen Feste und fühlt sich zur katholischen Kirche und zum katholischen Ritus mächtig hingezogen. In Kummer und Schmerz bringt sie in katholischen Kirchen Opfer dar, wallfahrtet nach Wunderorten, macht Gelübde, hängt in katholischen Tempeln Votiv-Tafeln auf und läßt auf ihre Intention Messen lesen. Die polnische Sprache erhält sich hier ungehindert. Die Regierung legt ihr keine Beschränkungen auf und pflegt sie vielmehr. Die amtlichen Kreisblätter sind polnisch, in der Schule ist die Unterrichtssprache, in der Kirche die Predigt polnisch. Freilich ist das amtliche Polnisch wahrhaft abscheulich und mit vielen Germanismen versetzt, aber es ist doch immer polnisch. Das Volk spricht die polnische Sprache nicht ganz schlecht und spottet über das amtliche

22) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (abgek. GStAPK), XX. HA, StA Königsberg, Rep. 12, Abt. I, Tit. 5, Nr. 7, 15. 9. 1865.

Kauderwelsch. Zwei Dinge haben zur Veredlung der polnischen Sprache unter den Masuren beigetragen, die Predigten in katholischen Kirchen, die sie in den hier gegründeten Missionsstationen hören, und Euer Kulmer „Przyjaciel Ludu“ [Freund des Volkes] nebst dem Kalender. Ihr glaubt nicht, mit welchem Heißhunger die Masuren die Schrift verschlingen. Mir sagte ein Masur, das sei echt masurisch zum Herzen gesprochen in lauter masurischen Ausdrücken. Der „Przyjaciel Ludu“ und „Kalendarz katolicki“ [Katholischer Kalender] sind nur den Pastoren und Lehrern zuwider, dem Volke aber sehr angenehm und ganz nach dem Sinn“.

Hier wird deutlich, wie man in der nationalpolnischen Presse unmittelbar nach dem Januaraufstand das Masurenproblem beurteilte: Die evangelischen Masuren fanden in den neugegründeten katholischen Missionsstationen ihre eigentliche Heimstatt. Sie hatten ein gutentwickeltes polnisches Sprachgefühl; den meisten Anklang fanden bei ihnen der nationalpolnisch orientierte „Przyjaciel Ludu“ und der Katholische Kalender. Aufschlußreich ist der Hinweis, daß selbst Warschau im Masurenlande liege. Darin zeigt sich, daß Masuren und Masowien als synonyme Begriffe verstanden wurden. Der Presseartikel läßt erkennen, daß bereits 1865 die Gleichsetzung von Masuren und Polen auf nationalpolnischer Seite propagiert wurde. Peter Böhning hat nachgewiesen, wie intensiv – besonders nach 1848 – ein nationalpolnisches Agitationsnetz in Westpreußen aufgebaut worden ist<sup>23</sup>. Um so interessanter ist, daß die damalige nationalpolnische Presse der preußischen Regierung große Toleranz gegenüber der polnischen Sprache in Masuren bescheinigt. Die amtliche Sprache der Kreisblätter war polnisch – sie erschienen in Wirklichkeit zweisprachig, deutsch und polnisch –, in den Schulen wurde auf polnisch unterrichtet und in den Kirchen auf polnisch gepredigt. Wenn selbst auf nationalpolnischer Seite der preußischen Administration Toleranz bei der Behandlung anderer Nationalitäten zuerkannt wird, müssen die Ausführungen von Hubatsch gegenüber denen der polnischen Seite an Glaubwürdigkeit gewinnen. Zumindest unmittelbar nach dem Januaraufstand konnte von einem Germanisierungskurs der preußischen Behörden in Masuren nicht die Rede sein.

Die im Mittelpunkt meiner Erörterung stehenden Aktengruppen des Oberpräsidiums Königsberg betreffen: 1. die nationalpolnischen Agitationen<sup>24</sup>, 2. Generalia zur Förderung des Deutschtums in der ganzen Provinz Ostpreußen<sup>25</sup>, 3. Generalia zur Förderung des Deutschtums in den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein<sup>26</sup>, 4. Förderung des Deutschtums in den masurischen Kreisen Johannisburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Oletzko, Ortelsburg, Osterode, Sensburg<sup>27</sup>. Zunächst sollen die genannten Aktengruppen nach ihrem Inhalt referiert und anschließend zu einer Synthese zusammengefügt werden,

23) P. Böhning: Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871 (Marburger Ostforschungen, Bd. 33), Marburg 1973, S. 64ff.

24) GStAPK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 1837, Bd. 8 und 9.

25) GStAPK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 3496, Bd. 1 und 2.

26) GStAPK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 3503, 3504.

27) GStAPK, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 3505–3513.

wobei sie in den Kontext der skizzierten deutschen und polnischen Forschungsergebnisse gestellt werden sollen.

Die beiden die „nationalpolnische Agitation“ behandelnden Akten umfassen den Zeitraum von 1904 bis 1914. Die Reihe der Dokumente beginnt mit der Einführung des deutschen Kirchengesangs und deutscher Schulmessen in den katholischen Kirchen Masurens, die zur Diözese Kulm gehörten. Die Königsberger Regierung hatte davon Kenntnis erhalten, daß der Pfarradministrator von Gilgenburg „eine bindende Erklärung über die so tief in das Leben der Pfarrei einschneidende Reform, wie sie die Einführung deutscher Schulmessen in polnischsprechenden Gemeinden darstellt“, nicht treffen wollte, der Dekan in Bialutten (Kr. Neidenburg) und der Pfarrer zu Groß Lensk (Kr. Neidenburg) – beides Orte mit überwiegend katholischer Bevölkerung – sich direkt ablehnend verhielten und der Pfarradministrator zu Thurau (Kr. Neidenburg) seine Genehmigung zum Singen deutscher Lieder zurückgezogen hatte. Der Kulmer Bischof Augustinus Rosentreter<sup>28</sup> wurde daraufhin „um Erlaß einer entsprechenden Anweisung an die widerstrebenden Geistlichen“ ersucht<sup>29</sup>.

Die folgenden Vermerke befassen sich mit der nationalpolnischen Agitation des Posener Verlegers Marcin Biedermann<sup>30</sup> unter den Masuren. Dieser war Besitzer von vier Zeitungen (Praca, Górnosłazak, Gazeta Bydgoska, Czytelnia Polska), unterhielt Kontakte zur polnisch eingestellten „Masurischen Volkspartei“, finanzierte den in Osterode erscheinenden „Goniec Mazurski“ und gründete in dieser Stadt die „Masurische Bank“. Er war ein wichtiger Geldgeber für Polen, die Land von deutschen Grundbesitzern in Masuren aufkauften. Bereits 1907 mußte er allerdings seine Aktionen wegen Konkurses einstellen. Ein weiterer Vorgang, der das Interesse der preußischen Behörden erweckte, war die Erteilung von polnischem Sprachunterricht durch den Organisten Bielicki in Marienfelde (Kr. Osterode)<sup>31</sup>. Er mußte auf Anordnung der Königsberger Regierung, der sich der Oberpräsident anschloß, diese Lehrtätigkeit einstellen, weil die „bezeichnete Art der Unterrichtserteilung als konzessionspflichtige Privatschule zu betrachten sei“. Eine nationalpolnische Agitation konnte Bielicki nicht nachgewiesen werden.

Im Mai 1905 wies der Posener Polizeipräsident auf die agitatorische Tätigkeit des Gutsbesitzers Stephan Karas, eines Bruders des Direktors der polnischen Parzellierungsbank in Posen, Franz Karas, hin. Letzterer tätigte mehre-

28) Zu Augustinus Rosentreter (1844–1926) vgl. *Altpreußische Biographie*, hrsg. im Auftrage der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von Chr. Krollmann (†), fortgesetzt von K. Forstreuter und F. Gause, Bd. 2, Marburg 1967, S. 571.

29) Rep. 2 II, Nr. 1837, Bd. 8, 3. 1. 1905.

30) Zu Marcin Biedermann (1864–1915) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 57.

31) Rep. 2 II, Nr. 1837, Bd. 8, 1. 3. 1905.

re Landankäufe im Kreis Osterode, wobei er sich des Polen Niesiolowski als Mittelsmanns bediente<sup>32</sup>.

Wie sich die nationalpolnische Bewegung in Masuren aus der Sicht der preußischen Verwaltung darstellte, verdeutlicht ein 32 Seiten umfassender Bericht der Regierungsräte Schmieder und Friedrich vom 21. August 1906<sup>33</sup>. Nach ihren Beobachtungen hatte

„die großpolnische Propaganda in den letzten Jahren und namentlich in neuester Zeit eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet, welche zu den ernstesten Befürchtungen Veranlassung gibt. [Das] dürfte aus der Anzahl und der örtlichen Lage der in nationalpolnischen Besitz übergegangenen Grundstücke auf den ersten Blick ersichtlich sein. Der polnische Zuzug vollzieht sich von der westpreußischen Grenze aus und bedroht demgemäß zunächst die Kreise Osterode und Neidenburg. [Die übrigen Kreise] bilden keine besonders akute Gefahr, solange nicht eine feste Operationsbasis an der westpreußischen Grenze und eine geschlossene Verbindungsstrecke nach den zu polonisierenden Gebieten geschaffen ist, denn erfahrungsgemäß fühlt sich der isoliert sitzende Pole meist recht unsicher, zumal bis jetzt auch noch in vielen Teilen Masurens mit einer gewissen Verachtung auf ihn hergesehen wird. Sitzt dagegen erst eine größere Anzahl von Polen in einer Gemeinde zusammen, so fangen dieselben an, einzelne Masuren zu sich herüberzuziehen, und schaffen sich auf diese Weise allmählich auch die Majorität in der Gemeindeversammlung. Beispielsweise wurde ein solcher Fall in Preussen (Kr. Neidenburg) aufgedeckt, wo der vollständig in polnischen Händen befindliche deutsche Gemeindevorsteher vor kurzem zur Abdankung veranlaßt wurde. Ganz wesentliche Helferdienste leistet dem Polentum die katholische Kirche, namentlich das Bistum Culm, dessen Handlungsweise, wenn auch vielleicht nicht immer in der polnischen Gesinnung, so doch in dem Streben seine Begründung finden mag, die Masuren dem Katholizismus zu gewinnen. Infolgedessen kann man in den Kreisen Osterode und Neidenburg jeden katholischen Geistlichen als Vorkämpfer der großpolnischen Bewegung ansehen. Auch sind, wenn man dies berücksichtigt, die polnische Seite ins Auge gefaßten Anmarschrichtungen ohne weiteres zu erkennen, denn als Richtpunkt dienen die katholischen Kirchen, zwischen denen dort, wo die Verbindungsstrecke sonst zu lang würde, und besonders auch an den Einbruchstellen an der westpreußischen Grenze Kapellen und Betsäle errichtet werden. Als Haupteinbruchsstelle kann man die Ortschaften Marienfelde (Kr. Osterode) und Groß Koschlau (Kr. Neidenburg) bezeichnen. In Marienfelde ist bereits eine Kapelle nebst Pfarrgehöft für den Hilfsgeistlichen Stock erbaut, während in Groß Koschlau durch den als großpolnischen Agitator bekannten Pfarrer Dr. Liss<sup>34</sup> zu Rumian in Westpreußen auf bischöflichem Grund und Boden eine Scheune errichtet worden ist, für welche jetzt [um] die Genehmigung zur Benutzung für gottesdienstliche Zwecke nachgesucht worden ist. Von Marienfelde, wo der Einbruch direkt aus Westpreußen und auch von Süden her über Ketzwalde und Ruhwalde (Kr. Osterode) erfolgt, geht zunächst eine Hauptmarschlinie nach Steffenswalde (Kr. Osterode). Hier gabelt sich die Linie nach Norden

32) Ebenda, 13. 5. 1905.

33) Ebenda, 21. 8. 1906.

34) Zu Franciszek Liss (1855–1933) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 193f. Er stammte aus dem Kreis Dirschau, studierte Theologie und Philosophie in Rom, war Domherr und Lehrer am Collegium Marianum in Pelplin und wirkte von 1890 bis 1894 als großpolnischer Agitator unter polnischen Emigranten in Bochum. Seit 1897 hatte er die Pfarrei in Rumian (Kr. Löbau) inne, wo er eine intensive nationalpolnische Tätigkeit entfaltete. Er war zweimal Kandidat der Polenpartei im Wahlkreis Osterode-Neidenburg bei Reichstagswahlen und einer der Initiatoren des gegen die preußischen Behörden gerichteten Schulstreiks.

in der Richtung auf den im Kreise Allenstein belegenen polnischen Wallfahrtsort Dietrichswalde und nach Süden auf die katholische Kirche in Thurau mit dem polnisch gesinnten Pfarrer Katlewski zu. An und seitlich der nördlichen Linie, die über Braunsvalde (Kr. Allenstein) mit dem polnisch gesinnten katholischen Pfarrer Barczewski<sup>35</sup> Anschluß an das katholische Ermland sucht, sind beispielsweise in letzter Zeit in Adamsguth, Biessellen, Podleiken und Hirschberg (Kr. Osterode) und in Penglitten und Schönfelde (Kr. Allenstein) polnische Güterankäufe erfolgt, während in Kaltfließ, südlich Braunsvalde, eine Posener polnische Parzellierungsbank tätig war. An der südlichen Linie liegen das seit Jahr und Tag in den Händen der Polen befindliche Gut Mühlen, das vor einiger Zeit an den Polen von Rogowski verkaufte Gut Wronowo (Gutsbezirk Seythen), die kürzlich in polnischen Besitz übergegangenen Güter Faulen und Thurowken und bei Thurau das in letzter Zeit andauernd zur Parzellierung ausgebotene Gut Thurau. Westlich von der nach Süden abgehenden Marschlinie hat sich bei Gr. und Kl. Lehwalde eine neue Einbruchsstelle gebildet, welche den Übergang zu der von polnischen Besitzungen durchsetzten südlichen Spitze des Kreises Osterode bildet und nach Süden zu Anlehnung an die schon unter erheblichem polnischen Einfluß stehende Westgrenze des Kreises Neidenburg findet. Für die unweit dieser Einbruchsstelle belegenen Güter Grünfelde und Bergling (Kr. Osterode) und Gr. Gardienen (Kr. Neidenburg) besteht die dringende Gefahr eines baldigen Überganges in polnischen Besitz“.

Schmieder und Friedrich hatten ermittelt, daß die zur Parzellierung und Besiedlung erforderlichen Darlehen sämtlich von der polnischen Bank Ludowy in Löbau stammten. Das ca. 8000 Morgen große Gut Mühlen gehörte den Polen Szczerbinski und Koczorowski gemeinsam. Der letztere war zuvor Guts-pächter von Gr. Starolenka (Kr. Posen-Ost) gewesen und hatte dort „mit den Führern der großpolnischen Propaganda in Posen“ in Verbindung gestanden. Als „besorgniserregend“ bezeichneten sie die innerhalb der letzten acht Jahre erfolgte Zunahme katholischer polnischer Familien in den Gemeinden Grallau, Seeben, Kl. und Gr. Koschlau, Murawken, Preussen, Szuplienen und Wansen von 5 auf 126. Im Laufe von zwei Jahren (1903–1905) hatte sich die Zahl der polnischen Familien in Grallau von 2 auf 17 und in Murawken von 7 auf 23 vermehrt. Wie die Berichterstatter in Erfahrung gebracht hatten, waren die Besitzer des Hauptguts Gr. Koschlau, von Woynowski, des benachbarten zu Grallau gehörigen Guts Sophienruh, Soykowski, und der Grallauer Meierei „fanatische Polen“. „Ein schwerer Übelstand“ für Koschlau und Umgebung sei, daß die beiden am verkehrsreichen Bahnhof Koschlau gelegenen Schankwirtschaften „in polnischem Eigentum“ stünden. Dabei handelte es sich um die „Nationalpolen“ Bolesław Grajewski und Teofil Nadrowski, wobei der letztere seine Wirtschaft an den Juden Okonski verpachtet hatte. Schmieder

35) Zu Walenty Barczewski (1856–1928) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 51f. Er hatte zunächst das Zentrum unterstützt und vollzog dann eine Schwenkung zum nationalpolnischen Lager. H.-J. Karp: Ermland und Preußen im 19. Jahrhundert, in: Zs. für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 42 (1983), S. 14–32, datiert diesen Übertritt auf das Jahr 1907 bzw. 1910. B. wird schon in dem erwähnten Bericht von Schmieder und Friedrich von 1906 als „polnisch gesinnt“ bezeichnet. Eine ausführliche Würdigung seiner Person gibt Jasiński, Świadomość Narodowa na Warmii (wie Anm. 14), S. 307ff.

der und Friedrich äußerten die Befürchtung, daß sich die polnische Zuwanderung von Koschlau aus auf die Stadt Neidenburg zu bewegen würde. Ein weiterer „Hauptstützpunkt“ sei Bialutten, wo der „äußerst einflußreiche großpolnische Agitator Dechant Marchlewski“ wirke. Inzwischen hätten die beiden Nationalpolen Staroripinski und Pomierski die Güter Posaren und Gr. Sakrau angekauft. Auch im Kreis Neidenburg werde „das Vordringen des Polentums durch die katholische Geistlichkeit aufs eifrigste gefördert“. Der nächste Vorstoß ziele in den Kreis Ortelsburg, in dessen Kreisstadt die nationalpolnische Zeitung „Mazur“ erschien. Ihre bisherigen Erfolge hätten die Polen vor allem durch die Überbietung deutscher Kaufinteressenten erlangt. Wenn ein Gut einige Jahre in polnischer Hand sei, Sorge der Besitzer für die Ersetzung der Dienstleute und Kolonisten durch katholische polnische Arbeiter. Das nächste Stadium sei mit der Gründung eines katholischen Kirchspiels erreicht, „wodurch das Schicksal der Gegend dann als Domäne des Polentums für immer besiegelt ist“. Ein Appell an das „nationale Pflichtgefühl“ deutscher Grundbesitzer würde diese nur in seltenen Fällen vom Verkauf abhalten. Wichtiger seien staatliche Hilfen, u. a. durch eine höhere Beleihung der Güter. Gefördert werden müsse auch der Güterankauf durch die Ostpreußische Landgesellschaft und den Domänenfiskus. Insbesondere durch Domänenankäufe könne „an der westpreußischen Grenze ein Damm wider das Überströmen des Polentums nach Ostpreußen“ errichtet werden. Hier müsse schnell gehandelt werden, denn „sobald erst polnische Kleinbauern sich in einem Dorfe festgesetzt haben, [werden] die deutschen Besitzer sehr schnell ihre Besitzungen aufgeben“, weil sie sich beim „Vorherrschen des Polentums“ nicht mehr wohlfühlten. Ihrem Bericht fügten Schmieder und Friedrich ein Verzeichnis „der in den letzten Jahren im Regierungsbezirk Allenstein von Polen aufgekauften Güter“ bei, das für das hier behandelte Thema eine wichtige Quelle darstellt und daher im folgenden wiedergegeben werden soll. Ausgespart bleiben dabei die ermländischen Kreise Allenstein und Rößel. Der masurische Kreis Oletzko ist in der Aufstellung nicht berücksichtigt, weil er – wie erwähnt – zum Regierungsbezirk Gumbinnen gehörte.

Gut/Grundstück	Größe (in ha)	Vorbesitzer	poln. Erwerber
Kreis Lyck			
Thalussen	194	Hennig	Behrendt
Susczen	267	Grossmann	von Wysocki
Sawadden	515	Lackner	Belakowicz
Bobern	123	Hanfler	Czarnetzki
Bobern	45	Kischko	Malak
Kreis Neidenburg			
Frankenau	272	Kroll	Laski
Grallau	9	Wiolkowski	Bartikowski
Grallau	9	Senff	Bartikowski

Gut/Grundstück	Größe (in ha)	Vorbesitzer	poln. Erwerbber
Grallau	12	Laskowski	von Radcinsk
Grallau	7	Schwidder	Rudzinski
Grallau	19	Rudnik	Polomanski
Grünfliess	68	Sender	Szczepanski
Heinrichsdorf	25	Bucholski	Krajewski
Heinrichsdorf	5	Krajewski	Wielczewski
Heinrichsdorf	50	Jäschke	Kalisch
Hansburg	27	Basel	Jankowski
Hansburg	21	Schlacht	Cechowski
Hansburg	28	Ryczitzki	Bigalski
Königshagen	8	Schimanski	Kurbowski
Königshagen	97	Wodarski	Urbanek
Gr. Koschlau	77	Podelski	Rinkowski
Gr. Koschlau	49	Peters	kath. Pfarramt Rumian
Gr. Koschlau	2100	Moritz	Woynowski
Gr. Koschlau	20	Loeper	Krajewski
Gr. Koschlau	10	Lerch	Lewalski
Murawken	10	Thomaschewski	Rudotzki
Murawken	9	Sasse	Taffinski
Murawken	21	Badorreck	Pedinkowski
Murawken	19	Masuch	Bergmanski
Niostoy	15	Netzwetzki	Kuczerski
Preussen	20	Wiklinger	Koslowski
Preussen	23	Wirgowski	Rudnitzki
Priom	81	Plewka	Rudnitzki
Posaren	257	Beyer	Staroripinski
Seeben	233	Sombrutzki	von Chmielewski
Seeben	50	Obarowski	Kuschnitzki
Seeben	43	Schmalkowski	Grodtkowski
Sochen	14	Plewka	Tidurski
Skurpien	42	Schalldack	Ostrowski
Gr. Sakrau	740	Martens	Pomierski
Soldau	126	Pantzke	Wolniewicz
Wansen	100	Kikull	Dombrowski

## Kreis Ortelsburg

Beutnerdorf	33	Goroncy	Bryx
-------------	----	---------	------

## Kreis Osterode

Hirschberg	54	von Hoowen	Zuralski
Rauschken	15	Felski	Orzechowski
Gr. Grieben	7	Dobrzymitzki	Kowalkowski
Gr. Grieben	15	Dworreck	Krajewski
Jankowitz	10	Krokowski	Duschewitz
Gr. Lehwalde	1	Grzella	Grugelewski
Gr. Lehwalde	7	Schikorra	Narczelewski
Ganshorn	5	Lehwa	Bojanowski
Gr. Lehwalde	2	Schimanski	Rosentalski
Gr. Lehwalde	1	Bojanowski	Nowotka
Tolkemüth	300	Schleusner	poln. Bank Posen
Ketzwalde	5	Dreionschewski	Jablonski
Marienfelde	2 Häuser	Jung	kath. Pfarrer

Gut/Grundstück	Größe (in ha)	Vorbesitzer	poln. Erwerber
Hirschberg	83	Link/Schulz	v. Niesielowski
Adamsguth	115	Bank Posen	Swiederski
Theuernitz	150	Janowski	v. Rogowski
Marienfelde	62	Buchholz	kath. Kirche
Marienfelde	10	Sterna	Riedel
Marienfelde	5	Sterna	Kaminski
Marienfelde	6	Sterna	Modrgewski
Marienfelde	7	Sterna	Kallniski
Marienfelde	7	Sterna	Kremski
Gr. Lehwalde	5	Gross	Lujowski
Gr. Lehwalde	10	Lupowski	Ewertowski
Groschken	5	Bojanowski	Moczelewski
Groschken	4	Ulanowski	Bojanowski
Theuernitz	2	Schusdziarra	Klamant
Gr. Grieben	14	Zuchlinski	Lewandowski
Kl. Lehwalde	1	Laskowski	Jankowski
Mühlen	2418	Wernitz	Szcerbinski
Bergling	2	Dworack	Schmieck
Kl. Lehwalde	4	Podobinski	Nowakowski
Bressellen	50	Schulz	Bank Posen
Gr. Grieben	15	Schulz	Labicki
Ketzwalde	6	Golden	Schulz
Wronowo	165	Israel	v. Rogowski
Ruhwalde	o. Angabe	Galka	Bank Ludowy
Kl. Nappern	9	Pfaff	Moderski
Kl. Nappern	7	Pfaff	Klosowski
Ketzwalde	6	Gajewski	Schimanski
Ketzwalde	5	Schowkanski	Witka
Thurowken	564	Kaufgenos.	
		Neidenburg	v. Zaluski
Altstadt	7	Rarra	Czarnitzki
Elgenau	6	Czarnitzki	Ostrowski
Faulen	400	Liedtke	Mankowski
Marienfelde	37	Duletzki	Seralski
Marienfelde	4	Figgen	Dreschler
Marienfelde	4	Wegner	Karkutz

Die Aufstellung läßt erkennen, daß die Kreise Neidenburg und Osterode mit 4786 bzw. 4608 ha an der Spitze der polnischen Gütertransaktionen in den masurischen Kreisen lagen. In weitem Abstand folgten Lyck mit 1144 und ganz am Ende Ortelsburg mit nur 33 ha, wo polnische Güterankäufe zu Beginn des 20. Jahrhunderts selten belegt sind. In zahlreichen hier registrierten Fällen war bereits der Vorbesitzer polnisch und veräußerte seinen Besitz wiederum an einen Polen. Des Familiennamens kann man sich nicht als eines sicheren Indizes für die Zuordnung zu einer bestimmten Nationalität bedienen, wie die unter den polnischen Erwerbern belegten Namen Behrendt, Riedel, Schulz und Dreschler bezeugen. Für den Ankauf größerer Güter mußten die polnischen Kaufinteressenten über beträchtliche Kapitalien verfügen. So zahlten Belakowicz 375 000 Mark für das Rittergut Sawadden, v. Wysocki 151 000 Mark

für Suszen und Sczerbiński 400000 Mark für Mühlen. Die Geldmittel wurden häufig durch Darlehen von polnischen Banken, u. a. der Parzellierungsbank in Posen, aufgebracht.

In einer weiteren Statistik stellten Schmieder und Friedrich die in den Kreisen Osterode, Neidenburg und Ortelsburg gelegenen Besitzungen zusammen, deren Ankauf sie durch den königlichen Domänenfiskus aus politischen Gründen empfahlen. Im Kreis Osterode waren das u. a. die Güter Reichenau (793 ha), Grünfelde (456 ha), Bergling (399 ha), Heeselicht (611 ha), Lubainen (566 ha) und Döhringen (1210 ha), im Kreis Neidenburg Balden (750 ha), Thuru (566 ha), Skottau (1053 ha), Meischlitz (809 ha) und Tautschken (1075 ha) und im Kreis Ortelsburg Augusthof (526 ha), Moythienen (662 ha), Saadau (353 ha) und Wilhelmsthal (377 ha). Als wichtigste Gründe für einen raschen Ankauf führten sie die Verschuldung, schwere Erkrankung und mangelnde Leistungsfähigkeit der Besitzer an. Im Falle von Riwozin (Kr. Neidenburg) hieß es, der Eigentümer von der Groeben „würde unbedenklich an einen Polen verkaufen“. Das zeigt, daß selbst in den Kreisen des alten preußischen Adels finanzielle Gesichtspunkte über mögliche patriotische gestellt wurden.

Den Bericht von Schmieder und Friedrich leitete der Oberpräsident an den preußischen Minister des Innern weiter. In seinem Begleitschreiben führte er aus, daß die großpolnische Propaganda bisher mit unzulänglichen Mitteln versucht habe, „die Masuren für die polnische Sache zu gewinnen. Neuerdings werden aber von der polnischen Partei ganz bedeutende Mittel aufgewendet, um Erfolge zu erzielen“. Es komme in „planmäßiger Weise zu Landankäufen“, was im Verbund mit einer zielbewußten Agitation in Masuren stehe. Geleitet werde „die Polonisierung der Masuren von dem Agitationskomitee in Warschau aus“, wobei die Gründung der in Ortelsburg erscheinenden Zeitung „Mazur“, die Eröffnung einer masurischen Volksbank und die in Aussicht stehende Errichtung eines Straß-Vereins in dieser Region am bedenklichsten seien. Die nationalpolnischen Aktionen würden „durch billige, geschickt verfaßte Bücher und Durckschriften, welche im Wege der Kolportage vertrieben werden, unterstützt“. Als Agitationsfeld seien „in erster Linie die Kreise Osterode, Neidenburg, Ortelsburg und Johannsburg, welche die dichteste masurische Bevölkerung aufweisen“, ausgewählt worden. Trotz aller gegenteiligen Bemühungen der Behörden hätten die Polen seit dem Jahre 1902 „annähernd 44000 Morgen deutschen Landes“ erworben. Eine Ausdehnung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission auf das Gebiet des Regierungsbezirks Allenstein hielt der Oberpräsident nicht für das geeignete Mittel, weil dadurch „die Mobilisierung des Grundbesitzes immer größere Dimensionen annehmen und die Güterpreise bald eine schwindelhafte Höhe erreichen würden, ohne daß der Erfolg gesichert wäre“. So bleibe nur der Ankauf durch den Domänenfiskus und eine stärkere Unterstützung der Ostpreußischen Landgesellschaft übrig. Letztere habe inzwischen in den Kreisen Osterode und Neidenburg die

Güter Prontken, Kl. Gardienen, Glanden, Warweiden und Kl. Schläfken angekauft, um sie vor dem Zugriff des Polentums zu sichern. Er [der Oberpräsident] verkenne nicht, „daß eine durchgreifende Politik in dieser Richtung im konstitutionellen Staate außerordentlich erschwert“ sei. Falls die Staatsbehörden bei ihrem bisherigen Kurs verharren, würden sich im südlichen Teil der Provinz Ostpreußen Zustände wie in Westpreußen und Posen ergeben. Die großpolnische Agitation setze immer da ein, „wo sie einen durch den dürftigen Kulturzustand einer polnischsprechenden Bevölkerung wohl vorbereiteten Boden findet“<sup>36</sup>. Erwähnenswert ist, daß der Oberpräsident das Masurische mit dem Polnischen gleichsetzt. Erst in der Volkszählung von 1910 wurde klar zwischen Masurisch- und Polnischsprechenden unterschieden.

Der auf diesen Bericht erfolgten Antwort des Innenministeriums ist zu entnehmen, daß man sich in Berlin nicht „auf eine Vereinheitlichung des Ankaufgeschäfts in den bedrohten Landesteilen“ einigen konnte. So erklärte das landwirtschaftliche Ressort, der gegenwärtige Zustand sei durchaus befriedigend und bedürfe einer Abänderung nicht. Die Vorschläge des Ministeriums des Innern – sie beliefen sich auf die Vereinheitlichung der Ankäufe für den Fiskus „in den national-gefährdeten Teilen der Provinzen Ostpreußen und Pommern durch die Ostpreußische Landgesellschaft und die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft“ – würden keine Besserung herbeiführen<sup>37</sup>. Hier zeigen sich mangelnde Übereinstimmung und Koordination auf der zentralen Ebene, die trotz Bereitstellung des „Deutschtumsfonds“ ein gezieltes Vorgehen der ostpreußischen Provinzialbehörden gegen die nationalpolnische Bewegung entscheidend hemmten. Solange man in Königsberg keine Rückendeckung aus Berlin hatte, konnten allenfalls partielle Erfolge erzielt werden.

Die hier vorgestellte Akte über die „nationalpolnische Bewegung“ enthält darüber hinaus einen interessanten Hinweis auf die Unterstützung der polnischen Propaganda durch deutsche Firmen. Dabei ging es u. a. um die Uhren-großhandlung Wilhelm Benzig in Leipzig, die Uhren mit dem polnischen Adler, der Krone und dem Muttergottesbild im südlichen Ostpreußen vertrieb. Auch andere Firmen, fast alle im westlichen und südlichen Deutschland, vertrieben Schmuck und Uhren mit polnischen Abzeichen. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß man in diesen Regionen weit von der nationalen Problematik in Masuren entfernt war.

Über die Art der in Masuren verteilten polnischen Schriften gibt das „*Toruński Elementarz Polski z obrazkami*“ [Thorner polnisches Elementarbuch mit Bildern] Aufschluß. Es war für Kinder bestimmt, die in der Schule nur deutsch lernten. Hier findet sich der Satz: „Deutsche, obwohl sie französisch lernen, hören nicht auf, Deutsche zu sein. Wer von polnischen Eltern geboren ist, bleibt Pole, auch wenn er in der Schule deutsch lernt“. Copernicus wird

36) Rep. 2 II, Nr. 1837, Bd. 8, 24. 8. 1906.

37) Ebenda, o. D.

als „Pole“ bezeichnet. Polen sei lange Zeit das „mächtigste Land in Europa“ gewesen. Die preußischen Fürsten, die Vorfahren der preußischen Könige und deutschen Kaiser, hätten 1525 der polnischen Krone den Lehns Eid geleistet. Jetzt gebe es keinen polnischen Staat, aber das polnische Volk, das seine Sprache, seine Gebräuche und seinen Glauben liebe, bestehe weiter<sup>38</sup>. Der zuständige Referent im Allensteiner Regierungspräsidium, Gramsch, bemerkte dazu: „Der Inhalt der Fibel ist einwandfrei und bezweckt nach Art der ähnlichen deutschen Fibern lediglich nur die Einführung des Kindes in die Regeln der polnischen Sprache“. Von einer gewaltsamen Unterdrückung polnischer Meinungsäußerungen kann hier gewiß nicht die Rede sein.

Im April 1908 berichtete der Allensteiner Regierungspräsident nach Königsberg über die Gründung des „Vereins der polnischen jungen Kaufleute“, dessen Tätigkeit sich auch auf Osterode und die benachbarten Städte erstreckte. Zwar bezwecke er nach seinen Satzungen „nur die Hebung des Standes der jungen Kaufleute“, in Wahrheit dürfte er aber „großpolnische Tendenzen“ verfolgen. Da der Organisation keine nationalpolnische Agitation nachgewiesen werden konnte, wurde sie nicht verboten und durfte nach dem neuen Vereinsgesetz auch polizeilich nicht überwacht werden<sup>39</sup>. Aufschlußreiches enthält unsere Akte auch über den „Masurischen Bauernbund“, der im September 1909 etwa 35 Mitglieder zählte. Dabei handelte es sich um „bessere mittlere Besitzer des Kreises Ortelsburg“, die „als fast durchweg königstreue Leute“ charakterisiert wurden, „so daß dieser Bund als eine Stütze zur Erhaltung des Deutschtums bezeichnet werden“ könne<sup>40</sup>. Daß die preußischen Behörden in bestimmten Fällen Informanten in polnische Organisationen einschleusten, um über deren Aktionen unterrichtet zu werden, belegt der Fall des Lycker Fleischermeisters Grzybowski. Er hatte sich als Mittelsmann für den Empfang von Druckschriften betätigt, die von fremden Personen bei ihm abgeholt und nach Rußland geschmuggelt worden waren. Außerdem hatte er mit seinem Fuhrwerk die Lycker Gegend abgefahren, um etwas über die Verteilung polnischer Schriften im Grenzgebiet zu erfahren<sup>41</sup>. Eine weitere Akte zur „nationalpolnischen Bewegung“ enthält eine Schulstatistik des Kirchspiels Narzym (Kr. Neidenburg), der zu entnehmen ist, daß im Jahre 1911 von den dortigen 822 Schülern 175 Polen waren. Von 1901 bis 1911 waren 72 polnische Familien nach Narzym zugezogen. Im gleichen Zeitraum gingen 300 ha des Areal in polnische Hand über<sup>42</sup>. Das belegt, daß Narzym zu den bevorzugten Zielen polnischer Zuwanderung in Masuren gehört hat.

38) Ebenda, Beilage zum Schreiben des Allensteiner Regierungspräsidenten vom 22. 6. 1908.

39) Ebenda, 10. 4. 1909.

40) Ebenda, 17. 9. 1909.

41) Ebenda, 29. 12. 1905.

42) Rep. 2 II, Nr. 1837, Bd. 9, 1. 2. 1912.

Daß der Deutsche Ostmarkenverein in Ostpreußen nicht untätig blieb, verdeutlicht dessen Ersuchen an den Oberpräsidenten von Windheim<sup>43</sup> um Mitteilung „aller Gesetze, Polizeiverordnungen und gerichtlichen Urteile, die sich auf die polnischen Angelegenheiten beziehen“<sup>44</sup>. Dieser teilte lediglich mit, außer einer Polizeiverordnung über die Meldung ausländisch-polnischer Saisonarbeiter vom 20. Juli 1907 gebe es für die Provinz Ostpreußen keine die polnischen Angelegenheiten betreffenden Verordnungen. Hier stellt sich die Frage, warum Windheim nicht auf das in der polnischen Forschung häufig zitierte Oberpräsidentenmemorial von 1903 betr. die „Grundzüge der Organisation zur Förderung des Deutschtums und zur Abwehr polnischer Bestrebungen in der Provinz Ostpreußen“ zurückgekommen ist.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs zog der Posener „Przegląd Wielkopolski“ [Großpolnische Rundschau] ein gewisses Resümee aus der bisherigen nationalpolnischen Agitation in Masuren<sup>45</sup>:

„In den letzten Tagen hat die kurze, aber bezeichnete Nachricht keinen geringen Eindruck gemacht, daß das Polentum in Masuren in erschreckender Weise zurückgeht ... Wir haben nicht soviel mit dem, was wir getan, sondern vor allem mit dem, was wir nicht getan haben, verschuldet. Eben dasselbe kann man ohne Zweifel von unserer Beziehung zu den Masuren unter preußischer Herrschaft sagen. Wenn uns irgendwo auf einem Gebiete Vorwürfe treffen können und müssen, so geschieht dies wahrscheinlich auf diesem. Man sagt zur Rechtfertigung: Die Sache ist überaus schwierig. Die Masuren könnte man nur dann zu Polen umarbeiten, wenn man sie zu Katholiken umarbeiten könnte. Bis zu einem gewissen Punkte kann das richtig sein, aber uns kommt es ja nicht auf irgendwelche Leute an. Wir haben sogar überhaupt keine Aspiration, um die Karline Salewski, Fritze Baranowski, Gottliebe Jablonowski, Luise Schuminski in Sophie, Stanislaw, Hedwig umzuarbeiten. Schon zuviel haben ihnen einige Pastoren und andere Verbreiter der deutschen Kultur in Masuren das Polnische vereckelt – sogar polnische Vornamen merzt man dort konsequent aus –, um solche Elemente, die sich schon offen in Deutsche verwandelt haben, für uns zu reklamieren. Diese sind schon gänzlich verloren. Unsere Aufgabe wäre es vielmehr nur noch, denjenigen die Hand zu reichen, die ihre Hände zu uns erheben. Aber auch das tun wir nicht einmal ... Man spricht viel davon, daß doch die Polen sich in Masuren niederlassen und dadurch die Masuren unterstützen. Ist das wirklich wahr? Wer kann nur einen einzigen solchen Erwerber als Polen namhaft machen, der sich deswegen in Masuren niedergelassen hat, um die Güter dieses verlassenen Volkes zu teilen? Jeder ohne Ausnahme, der dort Land angekauft hat, hat dies nur zu seinem eigenen Nutzen getan. Wir haben nach einem gewissen, im Interesse der Masuren ausgedachten System keinen einzigen Bauern angesiedelt noch einen richtigen Arbeiter noch einen Barbier oder auch einen anderen, der mit unserer Unterstützung für die Idee arbeiten würde ... Man kann sich eben nicht darüber wundern, daß die Masuren sich [nicht] nationalisieren. Man müßte sich fürwahr wundern, wenn sie sich nicht entvölkern würden. Wir haben ja beinahe gar nichts getan, was sie zu uns hinziehen könnte. Das sind die Sünden unseres Zeitalters“.

43) Zu Ludwig von Windheim (1857–1935) vgl. *Altpreußische Biographie*, Bd. 2 (wie Anm. 28), S. 810.

44) *Rep.* 2 II, Nr. 1837, Bd. 9, 2. 7. 1913.

45) *Ebenda*, 24. 1. 1914.

In seinen Ausführungen über die polnischen „Sünden bezüglich der Masuren“ trägt der „Przeгляд Wielkopolski“ den gescheiterten Bemühungen der nationalpolnischen Bewegung, in dieser Region eine neue Bastion für das Polentum aufzubauen, Rechnung. Dabei geht er in seiner negativen Bewertung sogar so weit, allen Polen, die in Masuren Grundbesitz angekauft hatten, nationale und überhaupt höhere Ideale abzusprechen, was sicherlich mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, da gerade die vom nationaldemokratischen Lager gelenkte Politik im Hinblick auf ein künftiges unabhängiges Polen mit einem freien Zugang zum Meer verhältnismäßig systematisch in den masurischen Grenzkreisen vorging.

Die zweite in Betracht kommende Aktengruppe des Oberpräsidiums Königsberg „Generalia zur Förderung des Deutschtums“ gibt Einblick in die Maßnahmen der Provinzialbehörden gegen das Polentum aus der Sicht des Oberpräsidiums. Ihre Schwerpunkte bilden Aussagen über die im Ermland und in Masuren erscheinenden polonophilen Presseorgane, die Bildung polnischer Vereine, die polnischen Kolonisationsbestrebungen in diesem Raum und über die Verwendung der aus dem „Fonds zur Förderung und Befestigung des Deutschtums“ fließenden Mittel. Zentrale Bedeutung hat hier der Bericht des Königsberger Oberpräsidenten an den preußischen Finanzminister vom 9. November 1901<sup>46</sup>. Eingangswort wird darauf Bezug genommen, daß noch vor einem Jahrzehnt „die Ziffer der preußischen Staatsangehörigen polnisch-masurischer Zunge keineswegs den Besitzstand des bewußt nationalen Polenthums bezeichnet“ habe. Das gelte auch noch jetzt, wenn auch zu bedenken sei, daß insbesondere unter dem Einfluß des Katholizismus die Position des Polenthums gestärkt werde. So seien in den Kreisen Goldap, Lyck, Oletzko, Johannisburg und Sensburg zahlreiche katholische Kirchen gebaut worden, die vornehmlich der polnischen Propaganda dienten. Als bedenklich erscheine, daß diese Kirchen ohne nennenswerte finanzielle Beteiligung der ortsansässigen Katholiken errichtet worden seien. Nicht auszuschließen sei, daß sich in Zukunft in Masuren „die evangelisch-preußisch-patriotische in eine katholisch-national-polnische Bevölkerung“ verwandeln könne. Bei der Reichstagswahl von 1898 habe sich erstmals „eine ausgesprochen polnische Agitation gezeigt“. Dabei wurde Bezug genommen auf den damals gemeinsam von den Freisinnigen und der Masurischen Volkspartei im Wahlkreis Ortelsburg-Sensburg aufgestellten Kandidaten Eugeniusz Lewandowski aus Gnesen, der im Kreis Ortelsburg mehr Stimmen als der konservative Bewerber erhalten hatte und nur durch sein schlechtes Abschneiden im Kreis Sensburg nicht gewählt wurde<sup>47</sup>. An na-

46) Rep. 2 II, Nr. 3496, Bd. 1, 9. 11. 1901.

47) Zu Zenon Eugeniusz Lewandowski (1859–1927) vgl. Oracki (wie Anm. 11), S. 185f. Er hatte Pharmazie in Krakau studiert, 1888 eine Drogerie in Gnesen eröffnet und 1896 die Masurische Volkspartei in Lyck mitbegründet. Als Kandidat dieser Partei kandidierte er erfolglos bei den Reichstagswahlen von 1898, 1903 und 1911. 1899 emigrierte er nach Brasilien, kehrte aber bereits 1901 nach Posen zurück, wo er sich im

tionalpolnischen Organisationen gebe es in Allenstein den Verein „Zgoda“ [Eintracht], der Theatervorstellungen in polnischer Sprache und Feste veranstalte, „bei welchen polnische Nationaltänze in polnischen Trachten aufgeführt werden, um das polnische Nationalgefühl der Teilnehmer zu entflammen“, einen „Polnisch-Katholischen Volksverein“ im Wallfahrtsort Dietrichswalde (Kr. Allenstein) und den „Masurischen Wahlverein“ in Lyck, der den Agitationen der „Gazeta Ludowa“ unter der masurischen Landbevölkerung den Boden bereite. Dagegen sei die außerhalb der evangelischen Landeskirche stehende Sekte der „Gromadki“ [Versammlungen] bisher im nationalpolnischen Sinne nicht hervorgetreten. Bedenklich sei der von der polnischen Vorschußbank in Löbau finanzierte Landaufkauf im Kreis Osterode. Die Gegenmaßnahmen der erst seit kurzer Zeit bestehenden Generalkommission seien wegen nicht ausreichender finanzieller Mittel wenig effektiv. Vor allem liege in den „freihändigen Parzellierungen“ eine ständige Gefahr, weil durch diese das Eindringen polnischer Ansiedler begünstigt werde, ohne daß die Behörden die Möglichkeit hätten, mit gesetzlichen Mitteln dagegen einzuschreiten. Im Kreis Osterode habe zwischen 1890 und 1899 die Zahl der katholischen Schulkinder von 57 auf 109 zugenommen. Von diesen seien 70 polnischer und 39 deutscher Nationalität. Lediglich die Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der armen masurischen Landbevölkerung könne einen Schutzwall gegen das Polentum bilden. Dafür seien in großem Maßstab Meliorationen und die Anbindung dieser Region an das Eisenbahnnetz erforderlich. Um jeden Preis müßten die kirchlichen und schulischen Verhältnisse in Masuren gehoben werden. Die katholische Kirche habe gewisse Erfolge erzielen können, weil die Masuren für „äußere Pracht und Macht“ empfänglich seien. Alle das Deutschtum fördernde Maßnahmen müßten ohne finanzielle Lasten für die Bevölkerung erfolgen, sonst werde das Gegenteil von dem erreicht, was man wolle. Nur eine „unmerkliche Germanisierung“ sei bei dem Masuren erfolgreich. Wenn er merke, „daß alle solche Zuwendungen“ nur geschähen, „um ihn deutsch zu machen, wird er mißtrauisch“ und für die polnische Agitation um so anfälliger. Aus allen diesen Kriterien zog der Oberpräsident das Fazit, daß „die Bereitstellung eines Fonds zur Förderung des Deutschtums in der Provinz Ostpreußen ein dringendes Bedürfnis“ sei. Aus diesem Fonds sollten folgende Aufgaben finanziert werden: 1. die Überwachung der polnischen Propaganda, 2. die Bekämpfung der polnischen Propaganda durch Schriften, 3. die Verdeutschung der masurischen Jugend, 4. die Unterstützung deutscher Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, 5. die Unterstützung deutscher Vereine.

Zur Bekämpfung der polnischen Propaganda sei der in Königsberg in masurischer Sprache erscheinende „Pruski Przyjacieli Ludu“ [Preußischer Volks-

nationalpolnischen Sinne engagierte. Er führte 1919 die masurische Delegation in Paris an, die sich für die Angliederung Masurens an Polen ohne Plebiszit einsetzte. 1920 fungierte er als erster polnischer Konsul in Allenstein.

freund] ein geeignetes Mittel. Seine Auflage müsse planmäßig erhöht werden. Förderung verdiene auch der vom Superintendenten Martin Gerß<sup>48</sup> begründete „Masurische Hauskalender“. Man müsse jedoch darauf Bedacht nehmen, daß die Verbreitung von Schriften in masurischer Sprache nur ein Übergangsmittel sei. Nach und nach müßten die masurischen Leser „an deutsche Schriften gewöhnt werden“, was durch die Verwendung „deutscher Lettern“ und deutschsprachiger Beilagen gefördert werde. Um den Kindern in den masurischen Bezirken die Arbeit in den Volksschulen zu erleichtern, sollten in großer Zahl Kindergärten und Kleinkinderschulen aus dem Deutschtumsfonds finanziert werden. Dafür müsse mindestens ein Betrag von 60000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die Leitung dieser vorschulischen Einrichtungen solle bevorzugt Diakonissen übertragen werden. Nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht müßte in Fortbildungsschulen, u. a. in landwirtschaftlichen Winterschulen, die deutsche Sprache weiter gepflegt werden. Die Vergabe von Stipendien an masurische Schüler, die Gymnasien oder die Universität besuchten wollten, sei in jeder Weise zu intensivieren. Für das deutsche Vereinswesen in Masuren müßten mindestens 20000 Mark bereitgestellt werden.

Diesen Ausführungen des Oberpräsidenten pflichtete das Ministerium des Innern bei und stellte eine Erhöhung des Deutschtumsfonds auf eine Million Mark in Aussicht<sup>49</sup>. Bereits im Mai 1902 veranlaßte es die Überweisung eines Betrages von 50000 Mark, wies aber darauf hin, daß der Fonds nur als „eine ergänzende Hilfsmaßnahme“ zu betrachten sei, womit man das Oberpräsidium in die Lage versetzen wolle, „auf Gebieten, die außerhalb des Bereichs der Staatsaufgabe liegen, die Interessen des Deutschtums zu unterstützen“. Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel wurde dem Ermessen des Oberpräsidenten überlassen<sup>50</sup>. In Anbetracht der geringfügigen Summe wies der Oberpräsident die Regierungspräsidenten der Provinz zur äußersten Sparsamkeit an. Aufwendungen „zur Verbesserung der kirchlichen Verhältnisse und des Schulwesens könnten aus dem Fonds nicht erfolgen“. Man müsse sich zunächst auf die Förderung des Kleinkinderschulwesens, die Vermehrung der Diakonissenstationen und die Intensivierung des Fortbildungsschulwesens beschränken.

Weil jedoch die vorhandenen Mittel auch dafür nicht ausreichten, beantragte der Oberpräsident Ende August 1902 die Erhöhung des Fonds für das laufende Etatsjahr auf 75000 Mark. In seinem Gesuch hieß es, die großpolnische Propaganda sei inzwischen nicht müßig gewesen. Hand in Hand mit dem Katholizismus versuche sie, im evangelischen Masuren an Boden zu gewinnen. Gerade unter den Handwerkern im Kreis Osterode habe das Polentum große Fortschritte gemacht. Auch die „russisch-polnische evangelische Presse“ habe

48) Zu Martin Gerß (1808–1895) vgl. *Altpreußische Biographie*, Bd. 1, hrsg. von Chr. Krollmann, Königsberg 1941, S. 211.

49) Rep. 2 II, Nr. 3496, Bd. 1, 18. 4. 1902.

50) Ebenda, 27. 5. 1902.

offen um Hilfe für die „masurischen Brüder“ appelliert. Es bedürfe „der Anspannung aller Kräfte, um wirksame Maßregeln zur Abwendung dieser Gefahr zu treffen“. Weder für den Bau der dringend benötigten Gemeindehäuser noch für die Unterstützung der deutschen Vereine sei das nötige Geld vorhanden. Letztere hätten die wichtige Aufgabe, „die auf der Grenze zwischen Deutschtum und Polentum stehenden Teile der masurischen Bevölkerung“ für die deutsche Sache zu gewinnen<sup>51</sup>.

Aufgrund dieses Appells gab das Innenministerium dem Wunsch nach Erhöhung des Fonds auf 75000 Mark statt, und das Ministerium für Landwirtschaft stellte darüber hinaus Mittel zur Finanzierung ländlicher Fortbildungsschulen in Masuren zur Verfügung. 1903 flossen dem Oberpräsidenten bereits 85000 Mark für den „Deutschtumsfonds“ zu. In Gilgenburg (Kr. Osterode) wurde eine deutsche Hilfskasse gegründet, um der von der polnischen Bank in Löbau betriebenen Politik, die Kleinbauern und Handwerker wirtschaftlich von ihr abhängig zu machen, einen Riegel vorzuschieben. Der Landrat des Kreises Johannisburg erhielt zusätzliche Mittel, um die Gründung polnischer Meiereigenossenschaften zu verhindern. Wie der Oberpräsident ausführte, hatte die masurische Bevölkerung die aus dem Deutschtumsfonds finanzierten Aktionen nicht mit Mißtrauen aufgenommen. Sie habe die Errichtung von Diakonissenstationen und Kleinkinderschulen „als Wohltat“ begrüßt<sup>52</sup>.

Anderenorts, z. B. im Regierungspräsidium Gumbinnen, sah man indes die nationalpolnische Gefahr nicht als so groß an wie in Königsberg. Dort wies man darauf hin, daß es in Masuren der Stärkung des Nationalgefühls der Deutschen weniger bedürfe, da sie bei der tiefen Kulturstufe des noch masurisch redenden Teils der Bevölkerung dieser in jeder Beziehung überlegen seien und daher selbst da dominierten, wo sie sich selbst in der Minderzahl befänden. Es komme in Masuren vielmehr darauf an, den masurisch redenden Teil der Bevölkerung möglichst schnell auf eine höhere Kulturstufe zu bringen und ihm gleichzeitig den Gebrauch der masurischen Sprache ab- und den der deutschen Sprache anzugewöhnen. Das könne u. a. durch die Vermehrung der Volksschulen und die Aufbesserung der Lehrergehälter nach dem Muster von Posen und Westpreußen erreicht werden<sup>53</sup>.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein in den Akten überlieferter Bericht über die Wirksamkeit der Kleinkinderschulen in den masurischen Kreisen<sup>54</sup>. Dem Bericht des Johannisburger Landrats ist zu entnehmen, daß die Eltern in der Regel ihre Kinder gern in diese Anstalten schickten. Überall seien sehr gute Erfolge zu verzeichnen, und der Volksschule werde „trefflich vorgearbeitet“. In Lyck hieß es, nur wegen ärmlicher Verhältnisse der Eltern blieben Kinder den vorschulischen Einrichtungen fern. Die Kinder aus Fami-

51) Ebenda, 28. 8. 1902.

52) Ebenda, 9. 8. 1903.

53) Ebenda, 17. 7. 1903.

54) Ebenda, 18. 5. 1904.

lien „mit vorwiegend oder ausschließlich polnischer Muttersprache“ verstünden bei ihrer Aufnahme in die Anstalt gar kein Deutsch. Es halte aber nicht schwer, sie an diese Sprache zu gewöhnen. Bedauerlich sei aber, daß in der Stadt Lyck „nach Jahrzehnten deutschen Schulunterrichts das Polnische bei fast der gesamten Arbeiterbevölkerung im Hause und untereinander vorherrsche“, wofür die „beklagenswerte Verschiebung der Arbeiterschichten“ der Hauptgrund sei. Auch in Lötzen wurde bemängelt, daß es schwer sei, die Leute „aus der arbeitenden Klasse“ zum Besuch ihrer Kinder in den Kleinkinderschulen zu veranlassen. Dennoch seien die Erfolge dieser Einrichtungen beachtlich, indem bei den Kindern „die Liebe zu Gott, zu der Natur und zu dem Nächsten gepflegt und der Patriotismus schon frühe geweckt“ werde. Auch aus dem Kreise Osterode waren die Nachrichten verhältnismäßig günstig. Lediglich im grenznahen Ort Marienfelde habe der Einfluß der katholischen Geistlichen aus Grabau (Kr. Löbau) die Eltern vom Schulbesuch ihrer Kinder abgehalten. In Neidenburg und Ortelsburg wurde der „wechselnde und oft mangelhafte Besuch der Schule“ auf die Bequemlichkeit und Nachlässigkeit der Mütter zurückgeführt, die die Mühe scheuten, „die Kinder regelmäßig zur rechten Zeit und in sauberem Zustande zu schicken“.

Die 1904 erfolgte Aufstockung des Deutschtumsfonds auf 135000 Mark verdeutlicht, daß man auch in Berlin größeres Engagement in dieser Angelegenheit zeigte. Das dürfte mit den Appellen der Königsberger Behörden nach verstärkten Maßnahmen gegen das Polentum in den masurischen Kreisen in Verbindung stehen. Wenn dieses dort erst festeren Boden gefaßt habe, würde man auch mit sehr viel größeren Mitteln erfolglos bleiben<sup>55</sup>. Angesichts der zunehmenden Güterankäufe durch die nationalpolnische Bewegung in Masuren beantragte das Oberpräsidium die Erhöhung des Deutschtumsfonds auf 225000 Mark für das Etatsjahr 1905. Außerdem wies es auf die Notwendigkeit der Erhöhung von Stipendienmitteln für die landwirtschaftlichen Winterschulen hin. Dazu war aber das Landwirtschaftsministerium nicht bereit. Erwähnenswert ist, daß im März 1905 der Geheime Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg, der spätere Führer der Deutschnationalen Volkspartei, zu einem der Bevollmächtigten des Finanzministeriums für die Regulierung des Deutschtumsfonds berufen wurde.

1906 wurde der Dispositionsfonds auf 200000 Mark erhöht, wobei auf die Mittel des Ostmarkenfonds zurückgegriffen wurde. Diese Zunahme stand in Verbindung mit den wachsenden Güterankäufen der polnischen Hand, die im Regierungsbezirk Allenstein zwischen 1903 und 1907 8344 ha umfaßten. Die masurische Bevölkerung sehe in den eingewanderten polnischen Großgrundbesitzern zum ersten Male sprachverwandte Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen und erfahre, daß die polnische Sprache nicht nur eine Sprache des niederen Volkes sei. Diese Großgrundbesitzer seien die Vermittler zwi-

55) Ebenda, 15. 7. 1904.

schen dem nationalen Polentum in Westpreußen und den Masuren. Immer wieder würden „polnische Reflektanten“ von ortsansässigen Polen begleitet, was ihrer Agitation größeren Nachdruck verleihe. Hinzu komme das materielle Interesse polnischer Geldinstitute an der Gewinnung neuer Gebiete für ihre Tätigkeit. Dieses dürfte nicht minder als das nationale das Übergreifen der Löbauer Bank nach Ostpreußen verursacht haben, was sich in der geplanten Gründung einer polnischen Darlehenskasse in Ortelsburg zeige. Dagegen seien die Versuche, die Bewegung des Grundbesitzes im deutschnationalen Sinne zu beeinflussen, bisher unzulänglich geblieben. So habe die Ostpreussische Landgesellschaft seit ihrer Gründung im Regierungsbezirk Allenstein nur fünf Güter mit einer Gesamtfläche von 1665 ha aufgekauft. Erfolgreicher sei indes die Tätigkeit des Domänenfiskus gewesen, der 14 Großgüter mit einer Fläche von 5250 ha erworben habe. Ihm komme zugute, daß der Verkäufer als Domänenpächter auf seinem ehemaligen Gut bleiben könne<sup>56</sup>.

1908 wurde der Dispositionsfonds auf 220000 Mark erhöht und in den folgenden Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht weiter aufgestockt. Seine Mittel flossen nun hauptsächlich dem Bau von Gemeindehäusern, der Errichtung von Hilfskassenvereinen und der Förderung des Kleinkinderschulwesens zu. Insgesamt ist nach 1909 eine Abnahme des Interesses der preußischen Behörden an den Belangen des nationalen Polentums zu konstatieren, was mit dem Abflauen dieser Bewegung in Masuren in Verbindung stehen dürfte. Über die Gründe dieses Rückgangs vermelden die Akten des Oberpräsidiums nichts. Der zitierte Artikel des „Przeгляд Wielkopolski“ vom Januar 1914 kann möglicherweise als Indiz für die sich in nationalpolnischen Kreisen bemerkbar machende Resignation bezüglich Masurens gelten. Vielleicht hing dieser Wandel mit der nach der Revolution von 1905 einsetzenden gesteigerten Russifizierung in Kongreßpolen und der Bildung des Gouvernements Cholm zusammen, die das in sich gespaltene Lager der polnischen Unabhängigkeitskämpfer stärker zur Agitation gegen die zarischen Behörden veranlaßten<sup>57</sup>. Ein Beispiel für die veränderte Situation bietet der Bericht des Deutschen Hilfsvereins in Gilgenburg vom 24. August 1912, in dem es hieß, die ehemals mächtige nationalpolnische Bewegung im Kirchspiel Gilgenburg sei zum Stillstand gekommen. Seit Jahren sei kaum ein Bauerngrundstück mehr in polnische Hände gegangen<sup>58</sup>. 1913 zählte der Gilgenburger Hilfsverein 188 Mitglieder, darunter vor allem Handwerker, Lehrer, evangelische Geistliche und Ackerbürger.

Die dritte hier zu erörternde Aktengruppe betrifft die Förderung des Deutschtums in den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein zwischen 1903 und 1914. Hier finden sich zahlreiche, u. a. statistische Ergänzungen zu

56) Ebenda, 2. 12. 1907.

57) Vgl. G. Rhode: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. 432ff.

58) Rep. 2 II, Nr. 3496, Bd. 2, 24. 8. 1912.

den Generalia des Oberpräsidiums. Breiten Raum nehmen die den einzelnen Kreisen zur Verfügung gestellten Beihilfen aus dem Deutschtumsfonds ein, auf die bei der Behandlung der Kreisakten zurückzukommen sein wird. Erwähnenswert ist, daß im Haushaltsjahr 1903 jeweils vier Besitzersöhne aus den Kreisen Neidenburg und Osterode Stipendien in Höhe von 200 Mark für den Besuch landwirtschaftlicher Winterschulen erhielten<sup>59</sup>. Der Bericht des Königsberger Regierungspräsidenten vom 22. September 1903 gibt Aufschluß über polnische Siedlungstätigkeit im Kreis Neidenburg, wobei besonders Gr. Koschlau und Illowo als Einbruchstellen des Polentums bezeichnet werden<sup>60</sup>. Hingewiesen wird auf die Zweckmäßigkeit deutscher Unterhaltungsabende in den vom Polentum gefährdeten Gemeinden, die nicht nur das Deutschtum fördern, sondern auch die Leute vom Besuch der Wirtshäuser abhalten würden. Im Tenor entsprechen die Berichte der Regierungspräsidenten dem des Oberpräsidiums. Auch in ihnen kommt immer wieder „das systematische Vorgehen des Polentums“ in den Kreisen Neidenburg und Ortelsburg mit Unterstützung der dortigen katholischen Geistlichkeit zum Ausdruck<sup>61</sup>.

Ein Mittel zur Förderung des Deutschtums war die Verteilung von deutschen Gesangbüchern an polnische Schulkinder. Im Jahre 1905 wurden aus dem Deutschtumsfonds vor allem der Bau von Gemeindehäusern, die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen sowie Frauen-, Hilfs- und Handwerkervereine bezuschußt. Beachtung verdient der in den Akten überlieferte Hinweis, daß der Zentralstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Ostpreußen „in Anerkennung ihrer Förderung der Germanisierung Masurens“ die Reste des Polenfonds zur Verfügung gestellt wurden, was darauf hindeutet, daß man damals das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie in unmittelbarem Zusammenhang mit dem gegen das Polentum sah<sup>62</sup>. Als Mittel zur Stärkung des Deutschtums wurde auch die finanzielle Unterstützung des Turnwesens angesehen. Indem dieses zur „Hebung und Verjüngung unserer nationalen Kraft“ beitrage, sei es ein Bollwerk „gegen Verweichlichung und Genußsucht und gegen alle die Elemente, welche die Liebe zum Vaterlande und zum angestammten Herrscherhaus zu untergraben bestrebt sind“<sup>63</sup>. Eine Anlage in den Akten läßt erkennen, auf welche Weise im Jahre 1906 die Gelder aus dem Deutschtumsfonds im Regierungsbezirk Allenstein verwendet worden sind. Für folgende Bereiche wurden bewilligt:

59) Rep. 2 II, Nr. 3504, 28. 9. 1903.

60) Ebenda, 22. 9. 1903.

61) Ebenda, 2. 6. 1904.

62) Ebenda, 2. 5. 1906.

63) Ebenda, 19. 5. 1906.

Gemeindehaus in Prostken (Kr. Lyck)	4500 Mark
Gemeindehaus in Willenberg (Kr. Ortelsburg)	10000 Mark
Amtsvorsteher Zielinski in Szuplienen für Überwachung	100 Mark
Gegenpropaganda	2940 Mark
Persönliche Propaganda	800 Mark
Kleinkinderschulen	5320 Mark
Gemeineschwestern	660 Mark
Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen	2900 Mark
Landwirtschaftliche Winterschulen	5100 Mark
Volksspiele für die Jugend	200 Mark
Wirtschaftliche Vereinigungen	9000 Mark
Direkt nationale Vereine	250 Mark
Kriegervereine	200 Mark
Turnvereine	5100 Mark
Jünglings- und Arbeitervereine	1700 Mark
Sonstige Vereine	900 Mark
Insgesamt	49670 Mark

Die Aufstellung belegt, daß 1906 im Regierungsbezirk Allenstein fast 50000 Mark aus dem Deutschtumsfonds verwendet wurden. An der Spitze stand die Förderung von evangelischen Gemeindehäusern, wirtschaftlichen Vereinigungen, Kleinkinderschulen und Fortbildungseinrichtungen. Beachtlich waren auch die Beträge für Gegenpropaganda und Turn- und Arbeitervereine, während die Aufwendungen für direkt nationale Vereine und die Überwachungstätigkeit eher gering waren. Anhand anderer Statistiken lassen sich ähnliche Schwerpunkte erkennen, was darauf hindeutet, daß die preußischen Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums mehr auf die Festigung der sozialen, kirchlichen (d. h. evangelischen) und wirtschaftlichen Verhältnisse als auf Propaganda und Überwachung zielten, wenngleich diese Bereiche nicht außer acht blieben. Das stand im Einklang mit der vom Oberpräsidenten verfolgten Politik, für den Übergang der Masuren zum Deutschtum zunächst die wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen<sup>64</sup>. Die Tendenz einer „zwangsweisen Germanisierung der Masuren“ ist diesen Haushaltsaufstellungen nicht zu entnehmen.

Die umfangreichste Aktengruppe des Oberpräsidiums betrifft die Förderung des Deutschtums auf Kreisebene. Die masurischen Kreise sollen im folgenden in alphabetischer Reihenfolge betrachtet werden.

### 1. Johannisburg

Die hier zu betrachtende Akte<sup>65</sup> beginnt mit der Bitte des Gumbinner Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten, die für den Bau des Johannisburger Gemeindehauses bewilligte Beihilfe von 5000 Mark an den dortigen

64) Ebenda, 3. 2. 1907.

65) Rep. 2 II, Nr. 3507, Bd. 1.

Landrat auszahlen zu lassen. Die Baukosten für dieses Vorhaben wurden insgesamt auf 25000 Mark beziffert<sup>66</sup>. Eigentümerin des Gemeindehauses, das „den Deutschen und dem Deutschtum allgemein dienstbar gemacht werden sollte“, war die evangelische Kirchengemeinde Johannisburg. Im Februar 1903 richtete der Regierungspräsident sein Augenmerk auf die Errichtung von Molkereigenossenschaften im Kreis Johannisburg<sup>67</sup>. Damit sollte die wirtschaftliche Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung, deren „Armut geradezu sprichwörtlich“ sei, verbessert werden. Vom masurischen Bauern, der „allen Neuerungen abgeneigt“ sei, könne man kein Verständnis und auch keine finanzielle Unterstützung für dieses Projekt erwarten. Eine mit „reichlicher Staatsunterstützung gegründete derartige Meierei [würde] allerdings von dem segensreichsten Einflusse auf das künftige Verhalten der dortigen bäuerlichen Bevölkerung sein“. Die Förderung dieser Angelegenheit sei nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen erforderlich, weil sich im Sommer vorigen Jahres der frühere Meiereiinspektor zu Papros (Kr. Strelno), Johann Elsner, in Bialla niedergelassen habe. Er habe dort und in Bogumillen eine Meierei errichtet und zu diesem Zweck umfangreiche Kapitalien investiert, ohne über eigenes Vermögen zu verfügen. Man müsse den Verdacht haben, daß Elsner der polnischen Propaganda Vorschub leiste, was im Einklang stehe mit dessen in Papros betriebener Agitation für das Polentum. U. a. habe er sich „als Nachkomme eines um die letzten Polenaufstände verdienten Mannes gerühmt und die Polonisierung des ganzen Ostens binnen 5 Jahren in sichere Aussicht gestellt“. Der Regierungspräsident befürwortete daher die Gründung dreier Meiereien im Kreis Johannisburg, um der polnischen Partei bei den bevorstehenden Wahlen den Boden zu entziehen. Das Oberpräsidium sah sich indes zur Förderung dieser Vorhaben außerstande, weil der Johannisburger Kreis schon über Gebühr Mittel aus dem Deutschtumsfonds bezogen habe. Schließlich stellte das Landwirtschaftsministerium in Anbetracht der Dringlichkeit der Sache 16000 Mark zur Verfügung, die zur Finanzierung einer Molkereigenossenschaft in Kallischken dienten. Nach Auskunft des Johannisburger Landrats wurden in ihren Vorstand „nur patriotisch gesinnte und vollkommen zuverlässige Männer gewählt“<sup>68</sup>.

Andere Informationen betreffen die landwirtschaftliche Winterschule in Johannisburg, die 1893 „als dritte ihrer Art vom landwirtschaftlichen Centralverein für Litauen und Masuren“ gegründet worden war. Dank der Bezuschussung aus dem Deutschtumsfonds stieg ihre Schülerzahl zwischen 1898 und 1903 von 8 auf 45 an. Die Schüler dieser Anstalt – meist Söhne kleinerer ländlicher Besitzer – hätten sich wieder mehr an die deutsche Sprache gewöhnt und wären somit gegen die polnische Bewegung besser gefeit. Das sei besonders

66) Ebenda, 9. 12. 1902.

67) Ebenda, 13. 2. 1903.

68) Ebenda, 27. 8. 1903.

wichtig im Kreis Johannisburg, der zu den „gefährdetsten Bezirken“ in Masuren gehöre, wofür die mit geringen Ausnahmen polnischsprechende Bevölkerung, die große Ausdehnung der Grenzen, mit der der Kreis an Russisch-Polen stoße, die Armut der Menschen, die sie „Irrlehren“ leichter zugänglich mache, und ihr geringer Bildungsstand die wichtigsten Kriterien seien. Aber auch hier sah sich der Oberpräsident nicht in der Lage, ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen<sup>69</sup>.

Ein Schwerpunkt der aus dem Deutschtumsfonds finanzierten Maßnahmen war der Bau eines Gemeindehauses in Arys, was von der örtlichen Sektion des Ostmarkenvereins unterstützt wurde. Diese wies auf die Lage von Arys im Herzen von Masuren und auf den dortigen Truppenübungsplatz hin, wo es besonders wichtig sei, „die Bevölkerung zum Verständnis für nationale Fragen zu erziehen“<sup>70</sup>. Gefördert wurde auch die Johannisburger Tischlergenossenschaft, um unter den Handwerkern die Bindung an das Deutschtum zu festigen. Auch der Bitte des Lehrers Welz um Unterstützung für den evangelischen Jünglingsverein Johannisburg wurde stattgegeben. 1904 wurde eine Meiereigenossenschaft in Arys gegründet, deren zehn Mitglieder ausschließlich deutsche Guts- und Grundbesitzer waren.

## 2. Lötzen

Maßnahmen zur „Stärkung des Deutschtums“ im Kreis Lötzen waren die Errichtung von Diakonissenstationen in Widminnen, Orlowen, Milken und Rydzewen, die intensive Verbreitung des „Preußischen Volksfreundes“ als Gegenpropaganda gegen die nationalpolnische Agitation, eine Staatsbeihilfe für das Masurische Erziehungshaus in Lötzen und die Unterhaltung der Kleinkinderschulen in Lötzen, Widminnen und Rhein<sup>71</sup>. Am 1. Oktober 1906 wurde in der Stadt Lötzen eine für die Kreise Lötzen und Sensburg bestimmte Winterschule eröffnet. Nach Ansicht des Allensteiner Regierungspräsidenten bestand „für derartige Schulen ein dringendes Bedürfnis, um den Söhnen unserer masurischen Bauern eine bessere Vorbildung in der Agrikultur, wie sie ihnen in den kleinen häuslichen Verhältnissen zuteil werden kann, zukommen zu lassen. Nicht zuletzt auch ist eine solche Schule geeignet, zur Förderung des Deutschtums unter der größtenteils polnischsprechenden Bevölkerung jener Gegenden beizutragen“<sup>72</sup>. Hier zeigt sich wieder einmal, daß in weiten Kreisen der preußischen Administration noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Masurische mit dem Polnischen gleichgesetzt wurde. Das verdeutlicht, wie wenig man sich damals mit den Eigenheiten der masurischen Sprache und Nationalität befaßt hatte. Mit Sicherheit waren sich viele preußische Beamte

69) Ebenda, 11. 9. 1903.

70) Ebenda, 6. 2. 1904.

71) Rep. 2 II, Nr. 3508.

72) Ebenda, 23. 10. 1906.

nicht bewußt, daß sie damit der polnischen Agitation, die die Masuren als unsere „stammverwandten Brüder“ bezeichnete, Vorschub leisteten.

Nach Aussage der Akten standen dem Kreis Lötzen im Etatsjahr 1904 nur 2650 Mark aus dem Deutschtumsfonds zur Verfügung, die zur Finanzierung der geplanten Vorhaben nicht ausreichten. Es blieb daher in vielen Fällen bei den Ansätzen. Das mußten auch die Kriegervereine im Kreisgebiet wie der in Stürlack spüren, der schließlich nach mehreren Anläufen 100 Mark aus dem Fonds erhielt. Im Jahre 1909 wies zwar der Etat einen Betrag von 8700 Mark aus, aber auch diese Erhöhung erwies sich als unzureichend. Eine einmalige Ausnahme stellte die Gewährung einer Beihilfe von 50000 Mark für den Bau des Masurischen Diakonissenmutterhauses in Lötzen dar<sup>73</sup>. Dafür war sicherlich ein Faktor, daß der ostpreußische Oberpräsident von Windheim dem Vorstand dieser Einrichtung angehörte.

### 3. Lyck

Die den Kreis Lyck betreffende Akte erwähnt u. a. für den Zeitraum von 1903 bis 1913 eine Staatsbeihilfe für das Gemeindehaus in Lyck, die Zuschussung von Kleinkinderschulen und Gemeindeschwesternstationen in Lyck, Prostken, Kallinowen und Pissanitzen, die Stützung der Kreditgesellschaft Lyck und die Förderung von Jünglings- und Frauenvereinen<sup>74</sup>. Dem Kreis standen 1904 mit insgesamt 36225 Mark erheblich höhere Beträge als dem Lötzener Bezirk zur Verfügung. Das dürfte mit den für das Deutschtum ungünstigeren Bevölkerungsverhältnissen im Lycker Gebiet in Verbindung stehen, wofür ein in den Akten überlieferter Bericht der örtlichen Behörden in Lyck an das Königsberger Oberpräsidium ein Indiz ist. Sie hatten darin eindringlich auf die „ungünstigen“ Bevölkerungsverschiebungen in ihrer Stadt hingewiesen. Es sei bedenklich, „daß die deutsch unterrichtete Jugend fort-dauernd in den Westen“ ströme. Die dadurch entstandenen Lücken würden „in der Stadt durch ältere, vorwiegend polnischredende, sonst aber meistens evangelische Landarbeiter, auf dem Lande dagegen meistens durch katholische Nationalpolen ausgefüllt“<sup>75</sup>. Die Gewährung einer Beihilfe für den „gemischten Chor“ in Lyck belegt, daß gelegentlich – trotz der beschränkten Mittel – auch das Kunstleben auf Kreisebene aus dem Deutschtumsfonds gefördert wurde. Bisweilen wurden auch kleine Beträge für aus privater Initiative erteilten Hauswirtschaftsunterricht gewährt. Wie im Kreis Johannisburg wurde auch im Lycker Bezirk die Gründung deutscher Molkereigenossenschaften in bescheidenem Maß bezuschußt. Im Falle der in Skomatzko gebildeten Genossenschaft begründete das der Oberpräsident gegenüber dem Landwirtschaftsministerium mit einer Stärkung des Vertrauens der masurischen Land-

73) Ebenda, 28. 6. 1910.

74) Rep. 2 II, Nr. 3509.

75) Ebenda, 29. 7. 1904.

bevölkerung zu den Behörden und ihrer Widerstandsfähigkeit „gegen die im Kreise Lyck sehr eifrige großpolnische Agitation“<sup>76</sup>.

Die nachstehende Statistik veranschaulicht, wie sich zwischen 1902 und 1907 die dem Kreis Lyck bewilligten Beihilfen aus dem Deutschtumsfonds zusammensetzten (in Mark):

	1902	1904	1906	1907
Bau von Gemeindehäusern		9000	4500	
Beihilfe für ev. Gemeinden			80	
Gegenpropaganda		750	75	
Kleinkinderschulen	1450	1450	3594	3250
Gemeineschwestern	1430	2350	2375	2140
Landwirtschaftl. Schulen				3575
Winterschulen				300
Wirtschaftliche Vereine		22500	1500	
Jünglings-/Arbeitervereine		175		
Sonstige Vereine			1100	143
Insgesamt	2880	36225	13224	9408

Hier sind starke Schwankungen zu erkennen. 1902 war die Zuwendung sehr niedrig, wuchs dann aber in den Jahren 1903 und 1904 rasch an, um dann wieder abzusinken. Die wichtigsten Posten waren Gemeindehäuser, wirtschaftliche Vereine, Kleinkinderschulen und Schwesternstationen. Die Förderung der Fortbildungsschulen war nur 1907 nennenswert. Es fällt auf, daß für Gegenpropaganda nur bescheidene Summen verwendet wurden und die Bekämpfung und Überwachung der polnischen Propaganda gar keine Bezuschussung erfuhren. Hier bestätigt sich also im wesentlichen das auf Regierungsebene gewonnene Bild.

#### 4. Neidenburg

Für den Kreis Neidenburg liegen zwei Akten in der Repositur des Königsberger Oberpräsidiums aus den Jahren 1902 bis 1913 vor<sup>77</sup>. Die Überlieferung beginnt mit der Bezuschussung des evangelischen Kirchenbaus in der Gemeinde Neuhof, deren Pfarrer nach Aussage des Königsberger Konsistoriums als Förderer des „deutschen und patriotischen Geistes“ hervorgetreten war. Es wies darauf hin, daß dort das katholische Element durch Zuzügler aus Westpreußen und dem Posenschen beträchtlich zugenommen habe<sup>78</sup>, dem man durch Unterstützung evangelischer Kirchenbauten entgegenzutreten müsse. Noch kritischer war die Situation in Muschaken, dessen Kirchspiel im Jahre 1903 ca. 4700 Seelen, darunter 500 deutsche, umfaßte. Hier beantragte der protestantische Pfarrer Ebel den Bau eines Gemeindehauses und die Errich-

76) Ebenda, 17. 5. 1906.

77) Rep. 2 II, Nr. 3510, Bd. 1 und 2.

78) Rep. 2 II, Nr. 3510, Bd. 1, 31. 7. 1902.

tung einer Kleinkinderschule. Ein ähnliches Gesuch ging aus Bialutten ein, wobei darauf hingewiesen wurde, daß in diesem Ort der Sitz eines katholischen Priesters sei. Er fördere die Besiedlung von Grundstücken durch Katholiken aus Westpreußen und Posen, erteile den Konfirmandenunterricht nur in polnischer Sprache, obwohl die Kinder auch dem deutschen Unterricht folgen könnten, und habe den katholischen Schulkindern und erwachsenen Katholiken den Besuch der deutschen Volksunterhaltungsabende verboten. Bedenklich sei auch, daß er die von den Polen geübte Praxis begünstige, sich mit evangelischen Frauen in Polen trauen zu lassen und dann wieder in Preußen Aufenthalt zu nehmen, wodurch der Katholizismus gestärkt werde. Der Königsberger Regierungspräsident hatte schon seit längerer Zeit den besagten Pfarrer Marchlewski als „Agitator des Großpolentums“ in Verdacht gehabt und sah sich durch diese Informationen darin bestätigt. Er hielt daher einen evangelischen Kirchenbau in Bialutten für vordringlich und befürwortete die Bereitstellung der noch fehlenden Mittel<sup>79</sup>. Obwohl es sich dabei nur um rund 5000 Mark handelte – der größte Teil der Kosten wurde vom Ortskomitee, dem Oberkirchenrat, dem Gustav-Adolf-Verein und der Synode Neidenburg getragen –, ließ die Entscheidung aus Königsberg auf sich warten. Erst im folgenden Jahr stand der Deckungsbetrag der Gemeinde zur Verfügung.

Wie man damals bisweilen Gesuche um Zuschüsse aus dem Deutschumsfonds begründete, zeigt sich in folgender Eingabe des Pfarrers Ebel vom 14. Mai 1903<sup>80</sup>: „Im Oktober 1901 habe ich in Muschaken einen größeren Posaunenchor begründet und mit Hilfe des Provinzial-Vereins für innere Mission, welcher mir 200 Mark schenkte, die Anschaffungskosten mit ca. 450 M bestritten. Die Anschaffungskosten für [einen Posaunenchor] in Roggen, welche ich vorläufig aus meiner Tasche bestritten habe, sind geringer. Es gibt kaum ein Mittel, welches so sehr germanisiert wie ein Posaunenchor. Unser Volk lechzt nach Posaunen-Musik. Wenn bei mir die Posaunen blasen, sind die Versammlungen immer überfüllt. Roggen war bis jetzt stockpolnisch. Im Januar d. Js. gründeten wir daselbst einen christlichen Unterhaltungs-Verein, dem 53 ständige Mitglieder angehören. Weil ich mich von den hervorragenden Leistungen dieses Vereins überzeugt habe, gab ich den Bitten des Lehrers und Vereins nach und habe ihnen die Posaunen angeschafft“. In Königsberg begrüßte man Ebels Initiative und stellte ihm für diesen Zweck 140 Mark zur Verfügung.

Das private Engagement von Geistlichen, Lehrern und Ortsvorstehern wurde als wichtige Ergänzung der staatlichen Maßnahmen angesehen. Das zeigt auch eine Denkschrift des Kreisschulinspektors Moslehner in Soldau über die erforderliche Einführung von Haushaltungskursen für die schulentlassene

79) Ebenda, 13. 5. 1903.

80) Ebenda, 14. 5. 1903.

weibliche Jugend<sup>81</sup>. Darin hieß es u. a., das Fortbildungsschulwesen sei ein wichtiges Mittel, um das Deutschtum gegenüber dem drohenden Polonismus wirksam zu fördern. Der bekannte Ausspruch Luthers ‚Soll es wieder in einen guten Schwank kommen, so muß es wahrlich an den Kindern angefangen sein‘ habe seine Wahrheit auch in dieser Sache. Nach Moslehners Auffassung sollte die Fortbildung vor allem bei den Mädchen ansetzen, weil diese später als Frauen und Mütter häufig die Familien polonisierten. Mädchen würden sich eher als Knaben auf das Haus beschränken und die in der Schule erlernte deutsche Sprache rasch vergessen. Die zu errichtenden Fortbildungsschulen für Mädchen hätten die Aufgabe, diese dem Deutschtum zu erhalten und sie zum anderen mit praktischen Hauswirtschaftskenntnissen zu versehen. Den Unterricht könnten junge Lehrerfrauen und -töchter übernehmen, die mit einer geringen Bezahlung zufrieden seien. Moslehner wurden aus dem Fonds 1000 Mark bewilligt, womit zunächst entsprechende Kurse in Gr. Lensk, Heinrichsdorf, Pierlawken, Narzym und Brodau finanziert wurden. Auch für Frauervereine wurden im Kreis Neidenburg Mittel zur Verfügung gestellt.

Wie in den anderen masurischen Bezirken wurden im Kreis Neidenburg aus dem Deutschtumsfonds bevorzugt Gemeindehäuser, der Druck und die Verbreitung von Kalendern, Kleinkinderschulen, Schwesternstationen und deutsche Vereine bezuschußt. Darüber hinaus erhielten die für das Deutschtum tätigen Pfarrer bescheidene Zuwendungen von je 100 Mark. Zu den unterstützten Vereinen gehörte auch der Männergesangverein Soldau, in dem man eine „deutsche Bastion“ gegen das sich dort „mehr und mehr breit machende Polentum“ sah. Als besonders kritisch bezeichnete der Allensteiner Regierungspräsident die Lage im Grenzort Illowo<sup>82</sup>. Der Bau eines Gemeindehauses sei hier dringend erforderlich, weil „man hier mitten in der polnischen Agitation“ stände. Auch in der im östlichen Teil des Neidenburger Kreises gelegenen Gemeinde Neuhof wies der Gemeindekirchenrat auf die Gefährdung durch das nationale Polentum hin. Insgesamt gesehen läßt sich aber auch im Kreis Neidenburg feststellen, daß die aus dem Deutschtumsfonds finanzierten Aktionen in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg reduziert wurden, was die anhand anderer Quellen gewonnene Beobachtung des damaligen Rückgangs der nationalpolnischen Bewegung in Masuren bestätigt.

## 5. Oletzko

Die den Kreis Oletzko betreffende Akte – sie umfaßt die Jahre 1903 bis 1913<sup>83</sup> – schildert eingangs die Niederlassung von Sektierern, darunter verstand man Adventisten und Mitglieder der apostolischen Gemeinde, in der Kreisstadt Marggrabowa, die gegen die evangelische Landeskirche agitieren

81) Ebenda, 22. 10. 1903.

82) Rep. 2 II, Nr. 3510, Bd. 2, 8. 2. 1909.

83) Rep. 2 II, Nr. 3505.

und Unruhe unter der masurischen Bevölkerung verbreiten würden. Der Bau eines Gemeindehauses und die Förderung patriotischer Vereine seien daher dringend erforderlich. Die Gelder aus Königsberg flossen jedoch für diesen Zweck nur spärlich, was mit der Förderung anderer kostspieliger Unternehmen wie der des Ballnusschen Waisenhauses in Marggrabowa begründet wurde<sup>84</sup>. Im Blickpunkt der preußischen Behörden stand auch die Unterstützung des evangelischen Arbeitervereins in der Kreisstadt, weil sich gerade unter den Arbeitern viele polnischsprechende Personen befanden, wobei hier wieder „masurisch“ mit „polnisch“ gleichgesetzt wurde. Ein stärkeres Engagement hielt man in dem „hart an der russischen Grenze“ gelegenen Ort Mierunskan für angebracht. Von dort seien viele „einheimische Arbeiter nach den westlichen Provinzen gezogen“, deren Platz „polnisch-katholische Elemente“ eingenommen hätten. In dem zum Kirchspiel Mierunskan gehörenden Dorf Plöwken habe die in Posen beheimatete Gesellschaft „Zbiór czytelników poznańskich“ [Sammlung posenscher Leser] eine polnische Bibliothek eröffnet, die von der Bevölkerung dies- und jenseits der Grenze benutzt werde. Mit der nationalpolnischen Agitation dürften auch die Besuche katholischer Pfarrer aus Kongreßpolen in Verbindung stehen<sup>85</sup>. Am Beispiel der Kirchspielsgründung Szczezinken, der elf „vom Polentum“ bedrohte Gemeinden zugeordnet wurden, zeigt sich, daß man auch organisatorisch im kirchlichen Bereich Voraussetzungen zur „Festigung des Deutschtums“ schaffen wollte. Dem Bericht des Pfarrers Niklas aus Schwentainen ist zu entnehmen, daß die Absicht, polnischsprachigen Gottesdienst nur alle 14 Tage sowie an den großen Festen zu halten, große Empörung unter den dortigen Gemeindegliedern hervorgerufen hatte. Daraus könne man ersehen, daß die polnische „Gazeta Ludowa“, die seinerzeit in Lyck erschien, die Masuren nicht umsonst scharf zu machen gesucht habe mit ihrer ständig wiederholten Ermahnung „Masuren, laßt Euch Eure polnische Sprache nicht rauben“<sup>86</sup>. Grundsätzlich bestätigt sich jedoch in Oletzko das in den anderen masurischen Kreisen gewonnene Bild hinsichtlich der bevorzugten Förderung von Gemeindehäusern, Kleinkinderschulen und Schwesternstationen.

## 6. Ortelsburg

Für den Kreis Ortelsburg ist eine das Deutschtum betreffende Akte des Oberpräsidiums überliefert<sup>87</sup>. Sie enthält u. a. Hinweise über die Unterhaltung der Kleinkinderschule in Beutnerdorf, ein Verzeichnis der für den Ortelsburger Handwerkerverein zur Anschaffung empfohlenen Bücher – dabei handelte es sich ausschließlich um Werke der deutschen Literatur –, die Förderung

84) Ebenda, 19. 1. 1904.

85) Ebenda, 19. 1. 1905.

86) Ebenda, 13. 2. 1904.

87) Rep. 2 II, Nr. 3511.

von Krieger-, Jungfrauen- und Jünglingsvereinen, die Einrichtung ländlicher Fortbildungsschulen im Kreisgebiet, den Bau von Gemeindehäusern und die Begünstigung eines Arbeitervereins in Beutnerdorf. Diesem Verein gehörten im März 1905 68 Mitglieder, darunter auch Beamte und Kaufleute, an, die ganz überwiegend masurische Familiennamen hatten<sup>88</sup>. 1905 stand dem Kreis ein Etat von 15771 Mark aus dem Deutschtumsfonds zur Verfügung, was den Maßnahmen „zur Förderung des Deutschtums“ finanzielle Schranken setzte. Um so mehr fällt hier ins Auge, daß selbst die Ortelsburger Feuerwehr daraus bezuschußt wurde. Zu den Begünstigten gehörte auch die Schützengilde Ortelsburg, die 250 Mark für die Beschaffung einer Fahne erhielt.

## 7. Osterode

Für den Kreis Osterode liegen aus der Zeit von 1903 bis 1914 vier Akten in der Repositur des Oberpräsidiums vor, was die große Gewichtung der Deutschtumsförderung in diesem Bezirk kennzeichnet<sup>89</sup>. Der Inhalt dieser Quellen kann hier nur summarisch skizziert werden. Erwähnenswert ist die Eingabe des Pfarrers Skowronski aus Marwalde an Reichskanzler von Bülow, in der es hieß, sein Kirchspiel bilde „einen großen Teil der Brücke zwischen Westpreußen und dem Ermland“. Er habe „manches Grundstück vor dem Übergang in polnische Hände bewahrt“, eine Volksbibliothek und sieben Fortbildungsschulen gegründet und überhaupt die Vaterlandsliebe bei Jung und Alt geweckt und gefördert. Um den zahlreichen Vereinen des Ortes – u. a. gebe es Raiffeisen-, Krieger- und Frauenvereine – eine geeignete Tagungsstätte zu geben, sei der Bau eines Gemeindehauses erforderlich, wofür 15000 Mark benötigt würden<sup>90</sup>. In diesen Ausführungen spiegelt sich der große Aktionsradius eines evangelischen Pfarrers in Masuren kurz nach der Jahrhundertwende wider. Die direkt an den Reichskanzler gerichtete Petition hatte insofern Erfolg, als das Gemeindehaus bereits nach sechs Monaten im Rohbau fertiggestellt werden konnte. Überhaupt erfuhr der Kreis Osterode staatlicherseits eine intensivere Förderung, weil er als der am meisten durch das Polentum gefährdete Bezirk galt. Das zeigte sich auch im rascheren Ausbau der Kleinkinderschulen und Schwesternstationen sowie im Voranschreiten des Fortbildungswesens. 1904 gab es im Kreis 33 ländliche Fortbildungsschulen, die allerdings insgesamt nur mit 625 Mark bezuschußt werden konnten. Auch in den folgenden Jahren blieb der Marwalder Pfarrer Skowronski ein entscheidender Verfechter des Deutschtums im Kreisgebiet. So leitete er die Hilfskasse in Gilgenburg und trat für die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse des „Bürgerstandes und Kleingrundbesitzes“ ein. Von Gilgenburg wird auch berichtet, daß die dortige evangelische Kirchengemeinde vor 20 Jahren

88) Ebenda, 29. 3. 1905.

89) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 1–4.

90) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 1, 6. 1. 1903.

den früheren Befestigungsturm des alten Ritterschlusses als Glockenturm übernommen hatte. In ihrem an den Oberpräsidenten gerichteten Gesuch hieß es, wenn keine umgehende Reparatur des Turms erfolge, werde die Kirche zum Spotte der gegenüberliegenden hochstattlichen polnisch-katholischen Kirche zusammenbrechen . . . Es sei ja schon traurig genug, daß eine evangelische Stadtgemeinde aus Armut gezwungen sei, ein altes, unansehnliches, abseits gelegenes Bauwerk als kirchlichen Glockenturm benutzen zu müssen. Hinzu komme die schwierige kirchliche und politische Lage der Gemeinde. Der Katholizismus dringe unaufhaltsam vor. Das Polentum bekomme von Westpreußen her trotz aller Gegenwehr starken Zuschub. Kurz, eine Diaspora-Gemeinde könne kaum schwerer gefährdet sein als Gilgenburg<sup>91</sup>.

Daß die Mittel aus dem Deutschtumsfonds nicht ausreichten, zeigt sich u. a. am Kleinkinderschulwesen. Viele Orte mußten auf solche Einrichtungen verzichten, was die Frage verursachte, auf welche Weise die Kinder den langen Schulweg bewältigen konnten. Im Falle von Moschnitz, Lindenau und Froedau beförderte ein Eselsfuhrwerk die dortigen Kleinkinder nach Rauschken und zurück<sup>92</sup>. Da das Gut Mühlen in den Besitz eines Nationalpolen übergegangen war, wurde im dortigen Gemeindehaus die Errichtung einer Gendarmeriestation ins Auge gefaßt. Weitere Schwerpunkte der aus dem Deutschtumsfonds geförderten Maßnahmen waren die Gemeinden Marienfelde, Leip und Röschken. Leip grenzte unmittelbar an den westpreußischen Kreis Löbau, der immer wieder als Stützpunkt der nationalpolnischen Bewegung bezeichnet wurde. Nach den Angaben des königlichen Ortsschulinspektors war zwischen 1900 und 1905 die Zahl der katholischen Schulkinder mit polnischen, nicht masurischen Eltern – wie es in der Quelle ausdrücklich heißt – in Leip von 7 auf 21 angestiegen. In dem früher ganz evangelischen Dorf Röschken habe – bedingt durch den polnischen Ankauf des Gutes Julienhöhe – die Zahl der katholischen Polen bedeutend zugenommen<sup>93</sup>. Nach einer Statistik des Allensteiner Regierungspräsidenten gab es Ende 1907 39 Kleinkinderschulen im Kreis Osterode gegenüber 21 in Johannsburg, 11 in Ortelsburg, 8 in Neidenburg, 5 in Lyck, 5 in Lötzen und 4 in Sensburg, was wiederum die Bevorzugung des Osteroder Bezirks erkennen läßt. An Gemeindeschwesternstationen wurde er nur geringfügig vom Kreis Neidenburg übertroffen (10:11)<sup>94</sup>. Neben dem erwähnten Skowronski aus Marwalde trat der Gilgenburger Pfarrer Günther als Verfechter des Deutschtums im Kreis Osterode hervor. Wie jener betätigte er sich auch als „Güteragent“ und suchte gefährdete Grundstücke dem Deutschtum zu erhalten. In Anerkennung seiner Verdienste „um den Schutz

91) Ebenda, 16. 4. 1904.

92) Ebenda, 17. 5. 1905.

93) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 2, 3. 1. 1906.

94) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 3, 2. 12. 1907.

des Deutschtums“ gewährte ihm der Allensteiner Regierungspräsident im Oktober 1911 eine einmalige Beihilfe von 200 Mark<sup>95</sup>.

## 8. Sensburg

Die die Jahre 1903 bis 1911 umfassende Akte des Kreises Sensburg<sup>96</sup> unterrichtet über die Verteilung von 500 Exemplaren des „Preußischen Volksfreundes“ unter der dortigen masurischen Bevölkerung, die Gründung einer Meiereigenossenschaft in Sensburg und Nikolaiken sowie über die Förderung von Kleinkinderschulen und Schwesternstationen. Erwähnenswert ist, daß im April 1905 der Bürgermeister von Sensburg eine Beihilfe zur Errichtung eines Bismarckturmes beantragte. Derselbe solle „Zeugnis ablegen von dem patriotischen Sinn der Masuren im allgemeinen wie von der großen Verehrung des Gründers des Deutschen Reichs seitens des Kreises und der Stadt Sensburg im besonderen“<sup>97</sup>. Das Gesuch wurde jedoch vom Gumbinner Regierungspräsidenten mit der Begründung abgelehnt, Denkmäler könnten nicht aus dem Dispositionsfonds bezuschußt werden; das solle Privatleuten und Kommunen überlassen bleiben.

Breiten Raum nehmen die Verhandlungen über den Bau eines Gemeindehauses in Nikolaiken ein. In seinem Gesuch vom 13. Juli 1904 betonte der Pfarrer Baatz, Nikolaiken habe „seit einigen Jahren unter den heftigsten Angriffen der polnischen Nationalpartei zu leiden ... Bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 wurden nicht weniger als 84 polnische Stimmen hier abgegeben. Im vorigen Jahr gelang es zwar den Anstrengungen der besseren Elemente, die Stimmenzahl der Polen auf ein Minimum herabzudrücken, welcher Mühe aber, welcher wachsamem Tätigkeit, welcher einer energischen persönlichen Kleinarbeit hat es bedurft, bis dieses Resultat erreicht wurde. Zu Tausenden lagen die polnischen Stimmzettel in den Rinnsteinen der Stadt, und kein Haus war vor polnischen Wahlaufufen verschont. Die Geneigtheit der niederen Wählerschichten, den Polen die Stimme zu geben, war groß, und ein Rückfall ist bei einem Nachlassen der intensiven nationaldeutschen Arbeit sofort zu erwarten“. Man müsse daher das deutsche Vereinsleben in der Stadt auf jede Weise stärken und vor allem einen Arbeiterverein gründen, der es ermögliche, gerade die unteren Schichten bei Wahlen in der Hand zu behalten<sup>98</sup>. Der Argumentation von Baatz ist zu entnehmen, daß die nationalpolnische Bewegung in den unteren sozialen Schichten der Stadt gewisse Resonanz gefunden hatte. Man weiß indes nicht, inwieweit er die Lage in der Stadt in seiner Petition dramatisierte, um den Oberpräsidenten geneigter für den Bau eines Gemeindehauses zu machen. Er hatte damit auch Erfolg, wie die rasche Inan-

95) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 4.

96) Rep. 2 II, Nr. 3513.

97) Ebenda, 11. 4. 1905.

98) Ebenda, 13. 7. 1904.

griffnahme des Vorhabens belegt. Der Regierungspräsident sah darin ein Mittel, das Aufblühen der von der Eisenbahn nicht berührten Stadt Nikolaiken, deren Einwohner „äußerst geringe Steuerkraft hätten“, zu fördern.

Einen Vergleich für die Beihilfen der acht masurischen Kreise aus dem Deutschtumsfonds bietet folgende Aufstellung für die Jahre 1904 und 1907<sup>99</sup>:

	1904	1907
	(in Mark)	
Johannisburg	20840	23390
Lötzen	2650	6757
Lyck	36225	9408
Neidenburg	20960	18800
Oletzko	4340	13634
Ortelsburg	12230	35051
Osterode	39029	43360
Sensburg	3760	4385

Die Aufstellung läßt erkennen, daß Osterode der am meisten geförderte Kreis in Masuren war. Stark bezuschußt wurden auch die Kreise Neidenburg, Johannisburg, Lyck und Ortelsburg, wobei der Etat des letzteren von 1904 bis 1907 um das Dreifache aufgestockt wurde. Das gilt auch für Oletzko, während die Deutschtumsmaßnahmen in Sensburg und Lötzen vergleichsweise am schwächsten waren.

Im folgenden soll nun für die Jahre 1904 und 1907 die Verteilung der Mittel auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche betrachtet werden:

	1904	1907
Schriftliche Gegenpropaganda	12950	19964
Persönliche Gegenpropaganda	2800	3700
Kleinkinderschulen	30546	56182
Frauenvereine	1800	800
Gemeindegewestern	11415	15100
Haushaltungsschulen	1200	7218
Landwirtschaftliche Winterschulen	5260	9750
Förderung nationaler Bestrebungen	2000	2000
Bau von Gemeindehäusern	40980	39542
Wirtschaftliche Vereine	32650	29000
Ortsgruppen des Ostmarkenvereins	250	450
Gesangvereine	500	300
Turnvereine	600	700
Kriegervereine	600	200
Jünglings- und Arbeitervereine	2743	3320
Unterstützung ev. Kirchengemeinden	3700	1700

An der Spitze standen die Beihilfen für Kleinkinderschulen, Gemeindehäuser, wirtschaftliche Vereine, schriftliche Gegenpropaganda und Schwesternstatio-

99) Rep. 2 II, Nr. 3496, Bd. 1.

nen, wobei zwischen 1904 und 1907 ein Trend zugunsten der Kleinkinderschulen und Schwesternstationen zu erkennen ist. Auch für die schriftliche Gegenpropaganda und die Fortbildungsschulen wurde 1907 erheblich mehr als drei Jahre zuvor aufgewendet, während der Betrag für die Förderung nationaler Bestrebungen in der Schule unverändert blieb. Er war gegenüber anderen Positionen mit nur 2000 Mark verhältnismäßig niedrig angesetzt. Keine wesentliche Steigerung erfuhr die Unterstützung des Vereinswesens, läßt man einmal die wirtschaftlichen Organisationen außer acht.

Die von mir vorgestellten Quellen des Oberpräsidiums Königsberg belegen, daß die nationalpolnische Bewegung sowohl von Westpreußen und Posen als auch von Russisch-Polen aus in Masuren agitierte. Finanzielle Förderung erhielt sie vor allem durch polnische Banken in Posen und Löbau, aber auch durch Gremien außerhalb der preußischen Grenzen, wofür das Komitee in Warschau als Beispiel genannt sei. Das nationale Polentum wirkte in Masuren in enger Verbindung mit der katholischen Kirche, die gerade in den Grenzkreisen Osterode, Lyck und Neidenburg die Polonisierung der masurischen Landbevölkerung zu fördern suchte. Die Hauptbedrohung seitens der nationalpolnischen Bewegung sahen die preußischen Behörden – hierin waren sich Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte weitgehend einig – in der Zunahme der Güterankäufe, die eine verstärkte polnische Zuwanderung nach sich zogen, dem katholischen Kirchenbau, der Gründung polnischer Meiereigenossenschaften und Banken sowie im Aufbau eines polonophilen Partei- und Pressewesens in Masuren, das von Posen oder Warschau gesteuert wurde. Trotz der geringen Erfolge polnischer Kandidaten bei den Reichstagswahlen schätzte die preußische Verwaltung der Provinz Ostpreußen den vom nationalen Polentum auf die masurische Landbevölkerung ausgeübten Einfluß verhältnismäßig hoch ein. Dabei griff sie auf die Erfahrungen der Provinzen Westpreußen und Posen zurück, wo die nationalpolnische Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ungleich stärker als in Ostpreußen gewesen war. Der Königsberger Oberpräsident erreichte 1901 in Berlin die Bildung eines „Fonds zur Stärkung des Deutschtums“, wobei allerdings sichtbar wurde, daß die preußischen Ministerien nicht an einem Strang zogen und sich gelegentlich selbst blockierten. Die beschränkte Wirksamkeit dieses Fonds wird vor allem in seiner niedrigen Dotierung deutlich. Selbst als er mit 220000 Mark seinen Höchststand erreichte, konnten damit die „Deutschtumsmaßnahmen“ in Masuren nur unzureichend bezuschußt werden. Um so erstaunlicher ist, daß damit dennoch eine breite Palette von Maßnahmen in Gang gesetzt werden konnte, die sich nicht nur – und das in Ergänzung zu Hubatsch<sup>100</sup> – auf die Einrichtung von Kindergärten, die Anstellung von Gemeindefschwern und die Einrichtung ländlichen Fortbildungsunterrichts beschränkte, sondern auch eine gezielte schriftliche Gegenpropaganda in der Form einer

100) Hubatsch (wie Anm. 1), S. 657.

Verteilung von masurischsprachigen Zeitungen und Hauskalendern ermöglichte, zum Bau zahlreicher Gemeindehäuser in den masurischen Kreisen beizutragen und die Entwicklung eines deutschen Vereinswesens begünstigte. Die zahlreichen Berichte von evangelischen Geistlichen und Ortsvorstehern aus Masuren waren eine wichtige Informationsquelle für das Oberpräsidium, das sich seinerseits über die Regierungspräsidenten und Landräte über die Situation in Masuren auf dem laufenden hielt.

Bei der Bewertung dieser Quellen ist allerdings zu bemerken, daß sie nur die Stellungnahmen der preußischen Administration und ihrer Amtsträger – darunter fallen auch die dem Königsberger Konsistorium unterstehenden evangelischen Geistlichen – beinhalten. Bei den überlieferten Berichten und Petitionen von Bürgermeistern, Gutsbesitzern u. a. handelt es sich gleichfalls um propreußische Quellen, die die nationalpolnische Bewegung mit ihren Augen betrachteten. Insofern bilden die Akten des Oberpräsidiums Königsberg lediglich eine Grundlage zur Einschätzung der nationalpolnischen Bewegung seitens der preußischen Verwaltung und der mit ihr in Verbindung stehenden deutschen Kreise in Masuren. Hier setzt ja bekanntlich die Kritik Jasiński an Hubatsch ein, der sich im wesentlichen auf die Zeitungsberichte der Regierungspräsidenten beschränkt hat. Es wäre daher im Interesse einer ausgewogenen Beurteilung der Situation in Masuren zu wünschen, daß meine Ausführung durch entsprechende Quellen über die nationalpolnische Bewegung in polnischen Archiven ergänzt werden könnten.

Generell muß festgehalten werden, daß die Masuren damals eine „staats- und königstreue Gesinnung“ hatten. Dennoch beleuchtet die gewisse Resonanz, die die nationalpolnische Bewegung in einzelnen Orten Masurens fand, daß dies nicht absolut gilt. Dafür war aber nicht eine Sympathie der Masuren für die „polnischen Brüder“ – wie die polnische Forschung schreibt –, sondern die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage und das geringe Bildungsniveau der ländlichen Bevölkerung verantwortlich. Preußischerseits hatte man das erkannt und das Hauptaugenmerk auf den Ausbau des ländlichen Schulwesens gerichtet, wie an der Förderung des Kleinkinder- und Fortbildungsschulwesens in den masurischen Kreisen abzulesen ist. Im Bericht des Allensteiner Regierungspräsidenten vom 2. Dezember 1907 heißt es, daß ein unverrückbares Ziel der Verwaltung bleiben müsse, in umfassender Weise an der sprachlichen Verdeutschung der masurischen Bevölkerung zu arbeiten<sup>101</sup>. Allein auf diesem Wege könne einer Nationalisierung der Masuren entgegen gearbeitet werden.

Der Anteil der evangelischen Kirche an der Eindeutschung der Masuren läßt sich an zahlreichen Belegen im Bestand „Oberpräsidium“ beleuchten. Mancher Pfarrer, nicht nur Skowronski in Marwalde und Günther in Gilgenburg, entwickelte in mehreren Bereichen, z. B. beim Ankauf von Gütern oder

101) Rep. 2 II, Nr. 3512, Bd. 3, 2. 12. 1907.

bei der Gründung deutscher Hilfskassen, großes Engagement. Das sich entfaltende deutsche Vereinswesen und die Errichtung von ländlichen Fortbildungsschulen sind mit dem Einsatz evangelischer Geistlicher eng verbunden. Oft war es der evangelische Ortspfarrer, der den Anstoß zum Bau eines Gemeindehauses gab. Gerade in Dörfern mit einem großen katholischen Bevölkerungsanteil und einem stärkeren Zuzug von Polen, wo man mit einer Gefährdung des Deutschtums argumentierte, ist das klar zu erkennen. Die Quellen des Oberpräsidiums betonen immer wieder die Eigeninitiative von Privatpersonen und privaten Institutionen im Bereich der Deutschtumsförderung, die allenfalls geringe Zuwendungen aus dem Fonds des Oberpräsidenten erhielten. Dieser Gesichtspunkt ist in der deutschen und polnischen Forschung bisher weitgehend außer acht geblieben. Es ist fraglich, ob angesichts der verhältnismäßig niedrigen Mittel des „Fonds zur Stärkung des Deutschtums“ ohne Beteiligung von privater Seite die großen Erfolge in der sprachlichen Verdeutschung der Masuren vor dem Ersten Weltkrieg erreicht worden wären. Die Verteilung des „Preußischen Volksfreundes“ hätte dafür gewiß nicht ausgereicht.

Zu der in den Begriffen „freiwillige“ und „zwangsweise“ Germanisierung der Masuren sichtbaren Kontroverse zwischen der deutschen und polnischen Forschung läßt sich auf der Grundlage der Quellen des Oberpräsidiums sagen, daß beide Terminologien nicht den Kern der Sache treffen. Von einer „freiwilligen“ Germanisierung kann man nicht sprechen, weil der unterentwickelten ländlichen Bevölkerung Masurens nichts anders übrig blieb, als die von staatlicher und privater Seite betriebene „Eindeutschung“ zu akzeptieren, wenn sie nicht gänzlich den Anschluß an die durch Eisenbahn und Industrialisierung veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse verpassen wollte. Zu einer aktiven Teilnahme am Wirtschaftsleben war nun einmal das Deutsche erforderlich. Die polnische Forschung (Jasiński) befindet sich im Irrtum, wenn sie die engen wirtschaftlichen Bindungen Masurens an Polen hervorhebt. Viel intensiver war die Verknüpfung dieser Landschaft mit Königsberg und anderen ostpreussischen Zentren, wozu auch die Eisenbahn und der um die Jahrhundertwende aufkommende Ferientourismus beitrugen. Unzutreffend ist der Begriff der „zwangsweisen“ Germanisierung, weil die preussische Politik ihre Maßnahmen nicht auf dem Wege der Unterdrückung der Masuren betrieb. Ihr Kurs zielte auf die Verbreitung der deutschen Sprache unter den Masuren und auf die Reform der dortigen nicht mehr zeitgemäßen Wirtschaftsverhältnisse. Der nationalpolnischen Agitation trat sie nur in ihren Ausuferungen mit den Zwangsmitteln des Staates entgegen. In den meisten Fällen arbeitete sie nicht mit Verboten und versuchte, durch Hebung des wirtschaftlichen und Bildungsniveaus der Masuren der nationalpolnischen Bewegung den Boden zu entziehen. Nach Aussage der Quellen verlor diese seit 1908/1909 erheblich an Schlagkraft, was sich u. a. im Rückgang der polnischen Güterankäufe in Ostpreußen zeigt. Wieweit dafür die *innere Spaltung im Lager der Nationalpolen*

und die stärkere Russifizierung in Kongreßpolen verantwortlich waren, muß hier dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall gibt der erwähnte Artikel im „Przegląd Wielkopolski“ vom Januar 1914 einen Einblick in die polnische Beurteilung der „masurischen Frage“ kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Das bedeutet aber nicht, daß das nationale Polentum den Gedanken eines „ethnographischen“ Polen wirklich aufgegeben hätte. Vor allem das von Roman Dmowski geführte nationaldemokratische Lager hielt unverbrüchlich daran fest, was sich 1919 in seinem Eintreten für eine Abtretung Masurens an Polen ohne Volksabstimmung zeigt. Gerade diese läßt erkennen, in welchem Maße sich die Masuren inzwischen mit dem Deutschtum und Deutschland identifiziert hatten. Daran hatte die preußische Politik vor 1914 großen Anteil.

### Summary

#### *The National-Polish Movement and Prussian Politics in Masuren before World War I*

This contribution is based on the files of the repository “Oberpräsidium Königsberg” in the *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin*. The first part discusses contrary positions of German and Polish research on this theme, having its focus on Walther Hubatsch’s comments and Janusz Jasinski’s reply. The next part comprises the consideration of the following file groups of the “Oberpräsidium Königsberg”: 1. national-Polish agitation, 2. *generalia* concerning the support of the Germans in the province of East Prussia, 3. *generalia* concerning the support of the Germans in the administrative districts of Königsberg and Allenstein, 4. support of the Germans in the Mazurian *kreises* of Johannsburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Oletzko, Ortelsburg, Osterode, Sensburg. On the basis of these sources with their statistics can be proved that the national-Polish movement agitated in *Masuren* from West Prussia and Posen as well as from Russian-Poland. For the Prussian authorities the main threat seemed to lie in the increase of purchase of property by Poles, in the building of Catholic churches, in the foundation of Polish dairy cooperatives and banks as well as in the establishment of a Polonophile party and press system in *Masuren*. Since 1902, the Prussian administration has realized countermeasures by building Protestant civic centres, by erecting infants’ schools and nurses’ stations as well as by supporting advanced training and associations, which have been subsidized with the “Fonds zur Stärkung des Deutschtums” (Funds for Supporting the Germans) being at the *Oberpräsidenten’s* disposal. As these means were not sufficient, there was again and again the need of personal initiatives of private circles. In a particularly intensive way Protestant pastors took part in actions in order to support the Germans. When analyzing the sources we notice that on the whole they consist only of the statements of the Prussian administration and the German circles in *Masuren* connected with it. Here remains the desire to complement their informations by documents in Polish archives concerning the national-Polish movement in order to be able to judge the problem in a well-balanced way.